

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Montage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
2 1/2 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

**Inserate**  
1/4 Sgr. für die fünfgespal-  
tene Zeile oder deren Raum,  
Reklamen verhältnismäßig  
höher, sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an demselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

## Amtliches.

Berlin, 13. Juni. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Den Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath Costenoble zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädikat „Excellenz“; den Seminar-Direktor Menges in Münsterberg zum Regierungs- und Schul-Rath zu ernennen; und dem praktischen Arzt Dr. Liebert in Charlottenburg den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

## Zur Bankfrage.

Das Bankwesen ist bei uns jüngerer Ursprungs als in England und unser Publikum größtentheils noch fern davon, die Vortheile desselben für sich allseitig zu würdigen. Der Unterschied zwischen England und dem Kontinent tritt besonders in einer Beziehung recht deutlich hervor. Unmittelbar mit der Entstehung der Banken in jenem Insellande hat sich dort das Depositenwesen aus kleinen Anfängen zum Segen der Privaten wie der Banken und zum Vortheil des gesammten Geschäftsverkehrs zu der staunenswerthen Höhe der Gegenwart entwickelt, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auf ihm vor Allem die steigende Prosperität des dortigen Geschäftslebens ruht. Die Banken nahmen und nehmen dort, wie in der Nordamerikanischen Union, selbst geringe Beiträge gegen Verzinsung an, fördern so den Sinn für das Sparen in den kleinen Geschäftsfreien, die sich hierdurch besonders entwickelt haben, führen, so zu sagen, das Kassenbuch der Einzelnen, so daß diese sich der Mühe überhoben sehen, bedeutende Baarbestände im Hause halten zu müssen, lernen hierdurch die Lage ihrer Klienten, ihre Bedürfnisse und Kreditfähigkeit kennen, und sind durch das ihnen wenig kostende Kapital in der Lage, der Betriebsamkeit in den weitesten Kreisen durch angemessene Kreditbewilligung die nachhaltigste Unterstüzung zu gewähren; sie bilden so die heilsamste Vermittlung zwischen Kapitalbesitzern und Kreditjuchenden und erzielen bei einem nicht übergroßen baar eingezahlten Stammkapital so kolossale Umsätze und so außerordentliche Dividenden, daß in dieser Hinsicht keine Bank des Kontinents mit ihnen verglichen werden kann. Dem gegenüber sind unsere Spar- und Leihbanken ganz bedeutungslose Institute.

Ueber die beträchtliche Ausdehnung des Depositenverkehrs in englischen Banken erhalten wir durch eine soeben uns zugegangene kleine Schrift von Fr. R. Köpp (über Hebung des Depositenverkehrs, in Berlin als Manuscript gedruckt) einzelne bestimmte Daten.

Es bestehen in der Stadt London allein 108 große Bankgeschäfte, außerdem in England, Schottland und Irland 2400 - 2500 große Bankhäuser und Aktienbanken; über den Depositenverkehr einzelner dieser Banken liegen folgende Angaben vor: die Londoner Westminster-Bank mit einem eingezahlten Kapital von Pfd. Sterl. 1,493,720 (20 pSt.) hatte am 31. Dezember 1867 einen Depositenbestand von Pfd. St. 22 Millionen und vertheilte für das abgelaufene Jahr 30 pSt. Dividende.

Die Union-Bank von London mit einem eingezahlten Kapital von Pfd. St. 1,200,000 (15 pSt.) hatte am 31. Dezember 1867 einen Depositenbestand von Pfd. St. 12 Millionen und vertheilte für das abgelaufene Jahr 15 pSt. Dividende.

Die London-Joint-Stock-Bank mit einem eingezahlten Kapital von Pfd. St. 1,200,000 (15 pSt.) hatte am 31. Dezember 1867 einen Depositenbestand von Pfd. St. 12 Millionen und vertheilte für das abgelaufene Jahr 12 1/2 pSt. Dividende.

Aus diesen Angaben ergibt sich mit voller Evidenz, daß die Wirksamkeit der englischen Banken wesentlich auf den Depositen ruht, und es stellt sich die Frage, ob ein ähnlicher Verkehr bei uns wünschenswerth ist und wie er in's Leben gerufen werden kann?

Die Wirkung des Depositenverkehrs besteht darin, daß der Geschäftsmann keine ruhenden Kapitalien hat, sondern seine Ueberschüsse von der Bank, mit der er in Verbindung steht, stets verzinst erhält, daß ihm von derselben seine Forderungen eingezogen und gutgeschrieben werden, daß ihm die Bank als Domicil für seine Acceptationen dient, so daß er eines Kassirers und der diesem obliegenden Verantwortlichkeit überhoben ist, daß die Bank seinen Vermögenszustand genau kennt und seinem Verlangen nach Vorschüssen, gemäß seinen Verhältnissen, ohne Risiko entsprechen kann. Die Notorietät der Vermögenslage begründet den Kredit.

Die Wirkungen haben demnach einen eben so hohen ökonomischen wie moralischen Werth für den Klienten wie für die Bank; beide werden bei ihrer Thätigkeit auf die nöthigen heilsamen Schranken hingewiesen, beider Interessen sind aufs Innigste verschmolzen.

Ob ähnliche Verhältnisse nicht auch für uns wünschenswerth sind? Wer wollte dies bestreiten, wenn er namentlich bei den mittleren Lebensstellungen die Unkenntnis und Ungeschicklichkeit rückfichtlich der Geldverhältnisse sieht? Unklarheit in der Buchführung, Unkenntnis oder Unsicherheit in den Rechtsverhältnissen sind viel weiter verbreitet, als man annehmen sollte, und Verlusste aller Art an Zeit und Geld sind die nächsten Folgen. Für die entstehenden Bedürfnisse sind beim Fehlen eines solchen Bankverkehrs die disponibeln Mittel vielfach unzureichend und unendlich viele tüchtige Geschäftsleute erlangen den ihnen nöthigen Geldcredit nur unter den drückendsten Bedingungen; accreditirt bei einer Bank, welche ihre Kasse gewissermaßen führt und die nöthigen Vorschüsse macht, gestaltet sich im Gegentheil ihr Geschäftsleben ebenso leicht wie sicher; der Vortheil aus der Verzinsung ihrer Depositen ist der geringste bei dem angebotenen Verkehr, die wichtigste Wirkung bei demselben ist der mit der Geschäftsentwicklung in Einklang stehende und wachsende Kredit, ohne den in der Gegenwart keine Geschäftsbranche gedeihen kann.

Soll indessen das Deponiren von Baarbeständen in den Banken bei uns heimlich gemacht werden, so müssen alle überflüssigen

Formalitäten, wie man sie etwa noch bei Sparklassen findet, beseitigt und höhere Zinssätze als die herkömmlichen, namentlich für längere Zeit stehende Beträge bewilligt werden und die Verfügung über die Gelder, wie deren Uebertragbarkeit sind den Deponenten auf alle Weise zu erleichtern.

Verzinslich können Depositen nur bei einer nicht zu kurz bemessenen Kündigungsfrist sein; derjenige, welcher über seine Mittel zu jeder Zeit die Verfügung haben will, muß und wird auf eine erhebliche Verzinsung verzichten und in laufender Rechnung seine Baarbestände deponiren; die hiermit verbundene Sicherheit und Bequemlichkeit darf als ein Aequivalent für den Ausfall der Zinsen gelten.

Es versteht sich von selbst, daß die Banken diese Deposita hauptsächlich in solchen Geschäftszweigen anzulegen haben, die sie fortwährend im Besitz der entsprechenden Summen flüssigen Kapitals erhalten. Die meisten neuentstandenen Banken haben den Depositenverkehr als eine ihrer Branchen aufgenommen und suchen sie nach Möglichkeit zu kultiviren, aber dem Publikum ist die Sache noch größtentheils fremd, und daher haben wir gern Veranlassung genommen, die in der angezogenen Broschüre mit vieler Sachkenntnis gegebene Anregung für Belebung des Depositenverkehrs in weitere Kreise zu übertragen.

## Deutschland.

**Preußen.** W. T. B. Berlin, 15. Juni. Ueber die Vertretung des Grafen Bismarck in den einzelnen Ressorts ist nichts bestimmt, doch sind die qu. Bestimmungen unverweilt zu erwarten. Die bezüglichen Zeitungs-Mittheilungen sind mithin verfrüht.

Se. Maj. der König kam gestern Abend 7 Uhr von Schloß Babelsberg hierher und übernachtete hier. Heute Morgen 8 Uhr ist Se. Maj. auf der Görlitzer Bahn nach Schloß Fürstenstein in Schlesien abgereist, von wo derselbe morgen Abend hierher zurückzukehren gedenkt.

Der österreichische patriotische Hilfsverein für verwundete Krieger, Militär-Wittwen und Waisen hat Ihre Maj. die Königin zum Ehrenmitglied ernannt und Allerhöchstihre das Diplom mit folgendem Schreiben überandt:

„Euere Majestät! Die hingebenden Bemühungen der preussischen Hilfsvereine, den verwundeten und erkrankten Kriegern Trost und Hülfe zu spenden, haben in dem liebevollen und segensreichen Willen Eurer Majestät ein leuchtendes Beispiel der Güte mit gleicher Liebe geübten Samarkitwertes, und mir Bewunderung gedenken wir der bei diesem edel menschlichen Wirken so glänzend entfalteten Vorzüge eines hochsinnigen Frauenherzens.“

Als Zeichen seiner ehrsüchtigen Dankbarkeit erlaubt sich der österreichische patriotische Hilfsverein für verwundete Krieger, Militär-Wittwen und Waisen Eurer Majestät das Diplom als Ehrenmitglied mit der tiefgefühlten Bitte zu überreichen, Allerhöchstdieselben geruhen, den Verein durch die allergnädigste Annahme desselben zu beglücken.

Mit den beifolgenden Statuten und Rechenschaftsberichten aus den Jahren 1866 und 1867 erlauben wir uns eine Darstellung unserer Organisation und unserer bisherigen Thätigkeit zur Allerhöchsten Kenntniss zu bringen.

Wien, den 21. April 1868.

(Unterschriften.)

Ihre Majestät hat hierauf in folgender Weise geantwortet: „Die Wahl zum Ehrenmitglied des österreichischen patriotischen Hilfsvereins für verwundete Krieger ehrt und erfreut Mich. Ich nehme dieselbe um so dankbarer an, da Ich diesen Beweis des Vertrauens, das in erster Zeit entstanden ist, wohl zu schätzen weiß und in vollem Maße erwidere. Das Band christlicher Fürsorge, das uns ohne Unterschied der Stände, des Geschlechts und der Konfession zu einem großen, gemeinsamen Zwecke vereint und in dem insbesondere der Frauen Beruf seine volle Entfaltung findet, wird bald das werthvolle Gemeingut aller gebildeten Nationen werden. Auf ihm ruht der reichste Segen, in ihm liegt eine Gewähr für unsere Zukunft. Meine besten Wünsche begleiten die Wirksamkeit des österreichischen Vereins, dem Ich von nun an als Mitglied angehöre.“

Baden, den 6. Juni 1868.

(gez.) Augusta.

Das Oberkommando der Marine ist, wie aus Kiel gemeldet wird, von dem Marineministerium benachrichtigt worden, daß die Wiedereinberufung der Mannschaften der Flottenstamm- und Werftdivision auf die Höhe des früheren Etats demnächst stattfinden soll. Die Indienststellung mehrerer Kriegsschiffe steht bevor. Es sind dies Folgen der neuen Marine-Anleihe, deren Unmöglichkeit früher bekanntlich so viele Beschränkungen in der Marine veranlaßt hatte.

Gutem Vernehmen nach — schreibt man dem „Frankf. Journ.“ — beabsichtigt das preussische Ministerium, die als Bedingung für Anstellungen, Promotionen u. erlassene Verordnung, daß jeder Preuze eine bestimmte Zeit (so viel wir wissen 1 1/2 Jahr) auf einer preussischen Universität studirt haben muß, in Wegfall kommen zu lassen. Es scheint das auch wirklich im Geiste des §. 3. der Norddeutschen Bundesverfassung zu liegen, und ist wohl zu erwarten, daß diese liberale Maßregel auf sämtliche Universitäten im Norddeutschen Bunde erstreckt werde.

Bekanntlich hatte der Bundesrath des Norddeutschen Bundes beschloffen, die Bundesregierungen zu ersuchen: 1) Die Fortsetzung und Vollendung des Grimm'schen deutschen Wörterbuches theils mit Geldmitteln und insbesondere dadurch zu unterstützen, daß den zur Fortsetzung und Vollendung des Werkes berufenen Gelehrten solche Stellen zu Theil werden, welche nicht allein ihre nothwendigen Bedürfnisse decken, sondern auch genügende Muße zur raschen Förderung des Werkes gewähren; 2) dem Bundeskanzler-Amte ihre entsprechenden Entschlüsse mitzutheilen. In Folge dessen haben die Regierungen der drei Hansestädte, Lübeck, Hamburg und Bremen, ihren Bundesgenossen mit gutem Beispiele vorangehend, eine jährliche Unterstützung von 250 Thlr. vorläufig auf fünf Jahre zugesagt.

Der heutige „St.-Anz.“ enthält das Gesetz: „Die Besteuerung des Tabaks betreffend“ vom 26. Mai 1868.

Auf Grund des dazu ermächtigenden Gesetzes hat der Finanzminister den für das Jahr 1869 zu erhebenden Beitrag zu der von den grundsteuerpflichtigen Grundstücken zu entrichtenden Grundsteuer, behufs Deduktion der durch die Ueberschuldung der Grundsteuer in den sechs östlichen Provinzen des Staates (wie er bis 1866 bestand) erwachsenen, bez. noch erwachsenden Kosten eben so wie für das Jahr 1868 (meist 12 Pfennige für jeden Thaler Grundsteuer) festgesetzt.

Die Berliner Reform vom 15. d. M. ist konfiscirt worden, muthmaßlich wegen eines Artikels „die Reformation unserer Zeit.“

Die Diplomatie wird natürlich durch das Ereigniß in Serbien in große Bewegung gesetzt, was man besonders auch am französischen Hofe bemerkt, wo namentlich der neue russische Botschafter Stadelberg eine förmlich fieberhafte Thätigkeit entwickelt. Man hat ihn heute schon in aller Frühe bei seinem preussischen Kollegen und dann im Ministerium des Aeußeren gesehen. Ueberall äußert Graf Stadelberg die Besorgniß, Oestreich könnte in Serbien interveniren, ein Fall, der nun allerdings unter gegenwärtigen Verhältnissen höchst unwahrscheinlich ist. Graf Golz äußerte sich viel zurückhaltender: Preußen wolle die Ereignisse abwarten und habe für jetzt keinen Grund, Stellung zu nehmen; auch tritt der preussische Botschafter ruhig am einmal festgesetzten Tage seine Badereise an. Sehr begierig ist man natürlich zu erfahren, welchen Einfluß dieses Ereigniß auf das Reiseprogramm des Prinzen Napoleon üben werde und hört man mehrfach die Vermuthung, daß der Prinz, da er nun einmal als Gast des Sultans in Konstantinopel angemeldet ist, von Triest aus den Seeweg nehmen werde, daß er Belgrad und auch Bukarest, welches in diesem Moment bekanntlich auch eine Krise durchmacht, von seinem Reiseplan streichen wird, ist allerdings wohl anzunehmen.

Breslau, 15. Juni. An Stelle des zum Polizeiaffessor bei dem hiesigen königl. Polizei-Präsidium berufenen Polizeianwalts für den Bezirk des königl. Stadtgerichts und des königl. Kreisgerichts hieselbst Schorska ist Dr. Heinrich Schurzleisch von hier ernannt.

Görlitz, 15. Juni. Se. Majestät der König sind soeben hier eingetroffen und wurden bei dem zu diesem Zwecke eingerichteten Aussichtspunkt am Reiß-Biadukt von den königlichen ständischen und städtischen Behörden, sowie von der zahlreich versammelten Bevölkerung mit Enthusiasmus empfangen. (L. d. St.-A.)

Hirschberg, 14. Juni. Der König wird morgen bei der Durchreise nach Fürstenstein in der dritten Stunde hier eintreffen, weshalb am Bober-Biadukt, woselbst Se. Majestät aussteigen wird, troffen und in Ehren treffen bis um von Wasser, Pflanz und Schmuck werden. (Bresl. Ztg.)

Kiel, 15. Juni. Der Brand auf der Fregatte „Hertze“ ist durch Wassereinlauf gelöscht worden. Das Schiff sank bis über die Kupferhaut und ist heute noch nicht leer gelaufen.

Sachsen. Leipzig, 15. Juni. Prinz Adalbert von Preußen, Admiral und Oberbefehlshaber der königlichen Marine, ist vorgestern Abend, von Berlin kommend, hier durch und weiter nach Karlsbad gereist.

Baden. Baden, 11. Juni. Hinsichtlich des Verlangens des Freiburger Domkapitels, daß wenigstens drei Wahlkandidaten für die erzbischöfliche Würde auf der Liste stehen bleiben müssen, ist zu bemerken: Mit dieser Erklärung zeigt sich das Kapitel wieder einmal päpstlicher als der Papst und ignort, indem es sich auf eine Bulle vom 11. April 1827 beruft, ein weiteres diese beschränkende Breve des Papstes (vom 28. Mai 1827) durchaus. Darin sind nämlich die Domherren zu Freiburg angewiesen, bei einer erzbischöflichen Wahl nur solche zu wählen, von denen sie sich vor dem feierlichen Wahlakte versichert haben, daß sie der Regierung nicht „personae minus gratae“ seien. Nach den Regeln der gewöhnlichen Logik bedarf es sonach keines weiteren Beweises, daß der Regierung das unbedingte Recht zusteht, alle ihr nicht oder weniger genehmen Kandidaten abzulehnen. Faktisch ist die Sache seither (d. h. seit dem J. 1827) in der Oberrheinischen Kirchenprovinz im Verhältnisse der Regierung zum Domkapitel auch immer so gehalten worden. Es ist daher an ein Nachgeben der Regierung in einzelnen Fällen auch nicht wohl zu denken. — Die durch Verfügung der Regierung angeordneten Staatsprüfungen für die Kandidaten der Theologie beider Konfessionen sind zur Vornahme zum 3. Juni ausgeschrieben worden. Es sind jedoch nur die protestantischen Kandidaten erschienen; die Prüfung der katholischen Studierenden konnte nicht vorgenommen werden, weil diese sämtlich (in konsequenter Befolgung des Willens ihrer geistlichen Obern) ungehorsam ausgeblieben sind. Angeblich sollen die Rechte des Bischofs durch eine solche Staatsprüfung beeinträchtigt werden. (D. A. Z.)

Wesfen. Darmstadt, 15. Juni. In Abgeordnetenkreisen wird die Einbringung einer Regierungsvorlage, betreffend die Ermächtigung zur Aufnahme einer Anleihe von 1 Million fl. für die außerordentlichen Militärbedürfnisse, als nahe bevorstehend bezeichnet.

Mecklenburg. Schwerin, 15. Juni. Gegenüber der Meldung einiger Zeitungen, daß der Eintritt Mecklenburgs in den Zollverein definitiv auf den 1. Juli d. J. festgesetzt sei, wird an unterrichteter Stelle versichert, daß über den Zeitpunkt des Eintritts noch nichts festgesetzt ist. Die nothwendigen Vorarbeiten dürften bis zum 1. Juli noch nicht vollendet sein.

Sächs. Herzogth. Gotha, 15. Juni. Der Spezial-Landtag des Herzogthums hat en bloc das Berggesetz angenommen und die Aufhebung des Bergregals genehmigt.

Eisenach, 11. Juni. Heute fand die Eröffnung der neunten Konferenz von Abgeordneten der Kirchen-Regierungen des evangelischen Deutschlands auf der Wartburg durch einen Gottesdienst statt. Im Beginn der ersten Sitzung der Konferenz wurden

Ober-Hofprediger Grüneisen aus Stuttgart mit 25, Ober-Konfistorial-Rath Hermes aus Berlin mit 22 von 26 Stimmen für das Präsidium erwählt, und Ober-Konfistorial-Rath Krauß von Stuttgart zum Quästor der Konferenz bestellt. Die Verhandlungen beschäftigten sich zuerst nach einem Vortrage des Oberkonfistorialraths Drencmann von Arnstadt mit der Frage der kirchlichen Versorgung der wandernden Arbeiter, die vorübergehend oder dauernd im fremden Lande ihr Fortkommen suchen, der J. G. Lipper, Hollandgänger u. A. Morgen wird das Thema von der Herstellung einer einheitlichen Textgestalt der lutherischen Uebersetzung, zunächst des Neuen Testaments, unter Berücksichtigung der wirklichen Uebersetzungsfehler, zur Berathung kommen.

**Oesterreich.**

Wien, 15. Juni. Die Mitglieder der internationalen Telegraphenkonferenz waren heute zur kaiserlichen Hofstafel geladen.

Die „Neue freie Presse“ will wissen, Lord Stanley habe durch den britischen Konsul der provisorischen Regierung in Belgrad erklären lassen, England sei fest entschlossen, dahin zu wirken, daß die Frage der serbischen Thronfolge, unbeirrt durch auswärtige Einflüsse und ausschließlich dem Willen des serbischen Volkes entsprechend, möglichst rasch erledigt werde.

Prag, 15. Juni. Der Prinz Napoleon, begleitet von dem Bürgermeister Prags, besichtigte gestern die Sebenswürdigkeiten der Stadt, und empfing eine Deputation des tschechischen Arbeitervereins sowie die Herren Palacki und Kieger. Der Prinz wird heute nach Wien zurückreisen.

In Prag traf Prinz Napoleon gestern Abend gerade ein, als der Fackelzug zu Ehren Palacki's in Bewegung war. Die Feier des Geburtsfestes des siebenzigsten Geburtsfestes des böhmischen Geschichtsschreibers traf mit dem Museums-Jubiläum zusammen. Graf Clam-Martiniß behauptete in seiner tschechisch und dann deutsch gehaltenen Eröffnungsrede, daß in der Museums-Angelegenheit das Princip der Gleichberechtigung stets gewahrt worden sei. Rottler gab in der Eröffnungsrede eine Geschichte des Museums zum Besten. Palacki führte in einer tschechischen Rede aus, daß die tschechischen Nation jetzt erst im Museum ihr Recht erlangt habe. Viele In- und Ausländer wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt, in Wien: Professor Hochstetter, Hörnes und Bergrath Hauer; in Berlin: Dr. Waagen, Direktor der Bildergalerie.

**Frankreich.**

Paris, 14. Juni. Die „France“ bringt einen Artikel, welcher der Versicherung der „Times“ gegenüber, daß, falls der Friede gestört werden sollte, die Provokation nicht von Preußen ausgegangen sein werde, sich bemüht darzustellen und zu behaupten, daß es nicht ganz gerecht sei, die Mäßigung Preußens mit der Frankreichs auf gleiche Linie zu stellen. Der Artikel versucht diese Behauptung durch die denkwürdigen Beweise französischer Mäßigung (!) in den Jahren 1856, 1859 und 1866 zu motiviren.

Der Kaiser leidet an der Gicht; sein Zustand hat indessen nichts Bedenkliches, und man glaubt, daß schon in wenigen Tagen der Anfall mit dem Einflusse des warmen Wetters vorüber sein werde.

Das Journal des Villes et Campagnes, dasselbe Blatt, dem Leopold Girard, der aus der Charente unterm 8. Juni ihm zugegangenen wackeren Hölzchen mit: Der Pfarrer von Sigogne hatte Schweres zu befehlen. Nachdem man ihn in der Kirche und in der Sakristei mehrmals niedergeworfen, fing man damit an, ihm die Kleider herunterzureißen. Eine Frau hielt Messer und Schere bereit, um an ihm eine Versammlung vorzunehmen. Zum Glück kam der Bürgermeister, Herr de Bonnégens, herbei und erlangte von dem Häufen einen Aufschub, so daß die Sendarmen Zeit hatten, von Jarnac herbeizueilen und den Unglücklichen den Klauen der Wüthenden zu entreißen. Auf einem gemalten Kirchenfenster sah man den hl. Joseph mit dem Zimmermanns beil und einem Hiltenszweig in der Hand. Das Bild war mit einem Kranz von Aehren und Trauben eingefast. Die Lilie soll die Rückkehr der Feudalherrschaft bedeuten! hieß es unter den Bauern, wie der Kranz die Wiedereinführung des Behtens, und wer sich widersetzt, dem wird mit dem Beil der Kopf abgehakt. Das Bild wurde in Zerknirschung geschlagen, und der darunter stehende Familien-Wahlspruch: Virtus virtutum fovet! hieß nach der Interpretation eines ländlichen Schriftgelehrten: Vire-toi à droite, vire-toi à gauche, tu es f... (Dreh dich rechts, dreh dich links, ruinirt bist du doch!). Die Aufzähler schreien: „Nieder mit den Priefern! Nieder mit den Gelleuten! Es lebe der Kaiser!“ Sie sollen sich außerdem derartige Ausdrücke gegen gewisse hohe Persönlichkeiten in Paris und Rom bedient haben, daß sie der Briefschreiber aus Respekt- und Schamgefühl gar nicht zu wiederholen magt. Zum Schluß noch folgender charakteristische Vorfall. Ein Priester sagte in seiner Pre-

**In den hellen Pfingsttagen.**

(Schluß.)

Unser Elfbahrt ließ auch das leibliche Schandau noch unberührt, dessen freundliche Willen von der Höhe hell ins Thal blickten. Großartige Felspartien schmückten das rechte Ufer; wir passiren bei Schmilla die böhmische Grenze, bald darauf verlassen wir in Herrnskretsch das Schiff.

Dem erfrisenden Morgen war ein heißer Mittag gefolgt. Glühende Sonnenstrahlen brannten, selbst auf dem Schiff milderte sie nicht die Kühle des Wassers. Hier und dort wurde wohl ein Klage laut hörbar, aber im Ganzen doch die Heiterkeit nicht gestört. Gab es doch Wein und Bier in Fülle für durstige Seelen.

Wer reist, der sei in sonntäglicher Stimmung, sonst ist er nicht zu gebrauchen. All seine Sorgen und namentlich seine Grillen und Wunderlichkeiten laß er zu Hause, er beschwerte sich nicht über Hitze und Staub, er achte nicht sonderlich auf Durst und Ermüdung. Strapazen gehören zur Reise, — nach steilem Pfade belohnt die Höhe mit herrlicher Aussicht und wer ein gesundes Herz und gesunde Beine hat, der bleibt frisch.

Wir sind es auch geblieben, athmen aber erleichtert auf, als wir dem Menschenmäuel entronnen wieder am freien Ufer stehen, selbst der Steuermann ruft aus Herzensgrunde ein „Gott sei Dank“, als sich sein überfülltes Verdeck auf dieser Station so ansehnlich geleert hat. In Herrnskretsch sorgte der Himmel für Erfrischung. Zuerst durch treffliche Bessfisks und feurigen Ungar, dann durch ein schnell daher eilendes Gewitter, das im Nu die Berge in Nebel hüllte, donnernd an den Felswänden widerhallte, und durch Regenströme die verschmachtete Natur zu neuem Leben rief. In der Nebenlaube war es etwas laut geworden, man hatte dort des süßen Weines zu viel genossen, wir flüchteten in eine Weinlaube, die durch eine Bretterdecke geschützt uns im Trocknen ließ. Da klangen unsere Gläser auf das Wohl des Preußenkönigs. Viel Preußen hatten sich da unter Sturm und Blitzen zusammengefunden, und daß der liebe Gott freundlich auf uns hernieder sah, zeigte er uns alsobald. Der Himmel erhellte sich noch ehe die Fla-

dig, daß Jesus Christus der König der Könige sei. Da erhob ein Mitglied der andächtigen Versammlung die Stimme und rief: „Wir wollen keinen König, sondern den Kaiser! Vive l'Empereur!“ Wie man aus Vorstehendem sieht, verdienen diese Vorgänge eine besondere Beachtung. Sie deuten gerade in denjenigen Departements, die man bisher als beinahe ausschließlich unter dem Einflusse der Geistlichkeit und der legitimistischen Tradition stehend ansah, eine ganz neue Strömung auf. Nach dem, was man dieser Tage hierüber erfahren hat, dürfte man beinahe glauben, es sei in dieser verkommenen Masse Zeug genug vorhanden, um daraus im Nothfalle eine Art imperialistischer Jacquerie zu organisiren.

**Rußland und Polen.**

Alle Nachrichten aus Neu-Rußland versprechen — so schreibt die „Russische Correspondenz“ — eine reiche Ernte, besonders an den Ufergebieten des Asow'schen Meeres. Der Regen hat den wohlthätigsten Einfluß auf das Getreide ausgeübt.

**Türkei.**

Belgrad, 11. Juni. An Einzelheiten über den Meuchelmord wird berichtet, daß der Fürst Michael von mehreren Kugeln, die aus nächster Nähe auf ihn abgeschossen wurden, getroffen wurde und sogleich todt niederfiel. Die Tochter der ermordeten Anka Konstantinowitsch, Katharina, und der Adjutantant Garafchanin, so wie der Diener Mita befinden sich auf dem Wege der Besserung, die Bleistücke sind aus den Schußwunden glücklich entfernt worden. Die Mörderfamilie stammt aus Türkisch-Serbien und steht mit Trägern desselben Namens auf ungarischem Gebiete in feinerlei verwandtschaftlicher Beziehung.

Ueber das Verhältniß der Damen, die sich in der Begleitung des Fürsten bei dem verhängnißvollen Spaziergange befanden, theilt das „N. W. Tagblatt“ Folgendes mit:

Fürst Michael war befanntlich mit der Gräfin Julie Huniady, einer ungarischen Dame von großer Schönheit, verheirathet. Diese Ehe blieb jedoch kinderlos und auf Andringen der Kusine des Fürsten, der gleichzeitig mit ihm ermordeten Anka (Anna) Konstantinowitsch schied sich der Fürst von seiner Gemahlin im Juni 1865. Die Fürstin, der eine Pension von 10,000 Dukaten ausgemessen wurde, lebt seit jener Zeit in Wien. Frau Anka Konstantinowitsch hat eine Tochter, welche sie, nachdem die Scheidung vollzogen war, an den Fürsten Michael verheirathen wollte. Der Fürst jedoch hatte entweder keine Neigung zu der jungen Dame, die jetzt bei dem Attentat verwundet wurde, oder aber er scheute sich aus religiösen Gründen, eine zweite Heirath mit einer nach Verwandten einzugehen. Die Eheverbote sind nämlich in der griechisch-orthodoxen Kirche sehr streng und diese Kirche besitzt keinen Papst mit der Macht, zu lösen und zu binden. Genug an dem, die Dame Anka konnte den Plan, den sie im Auge hatte, als es ihren Intriguen gelang, die Scheidung des Fürsten von seiner ersten Gemahlin durchzusetzen, nicht zur Ausführung bringen, aufgegeben aber scheint sie ihn nicht zu haben.

Einem Artikel der Wiener „Presse“ entnehmen wir Folgendes:

Ueber die wahren Motive der schaudervollen That in Topfischer liegen auch heute noch keine positiven Anhaltspunkte vor. Sichergestellt ist nur, daß die Mörder den besseren Ständen angehören. Vater Radovanovitsch war Gymnasialdirektor in Belgrad, einer seiner Söhne ist Ingenieur, der andere Advokat. Wie dem „W. Tagbl.“ aus Semlin gemeldet wird, soll der alte Radovanovitsch in seinem ersten Verhöre ausgesagt haben, er habe den Fürsten Michael und dessen Kusine Anka Konstantinowitsch deshalb ums Leben gebracht und auch die Tochter derselben zu tödlen versucht, weil der Fürst seine, des Radovanovitsch, Tochter verführt und sie um ihre Ehre gebracht habe. Hiernach hätte man es mit einem Akt der Blutrache zu thun, wie sie in Montenegro an der Tagesordnung und in Serbien noch nicht verschunden ist. Andere Berichte fügen jedoch bei, daß die That, wenn auch zunächst auf das Motiv beleidigter Brautheire zurückzuführen, doch von einer gewissen politischen Färbung nicht freizupredigen sei. Telegramme aus Belgrad an Mitglieder des hierischen Partei, deren Organ die „Serbia“ ist, ihre Hand im Spiele habe, der eigentliche, wenn auch nur geistliche Urheber des Attentates aber die in Belgrad weilende Bulgaren-Emigration sei, die allerdings Ursache hatte, mit dem politischen Verhalten des Fürsten unzufrieden zu sein, da sie ihn seit Jahren vergebens zu einer Aktion gegen die Pforte drängte. Fürst Michael, so versichert ein Gewährsmann der „Wtagp.“, hatte das Vertrauen der nationalen Ultras in Serbien, sowohl in als außerhalb Serbiens, in den slavischen Ländern der europäischen Türkei dadurch erworben, daß er allen Aufforderungen zum Losschlagen kein Gehör schenkte und in den Verdacht kam, mit den Wiener und Pesther Ministern sich in gewisse Abmachungen eingelassen zu haben. Männer dieser Richtung machten es dem Fürsten zum Vorwurf, daß er die entgegengesetzte Bruderhand der Bosniaten und der Bulgaren zurückstoße, ein Vorwurf, der nebenbei bemerkt, ganz ungerechtfertigt war, da nur vereinzelte Stimmen in Bosnien die Hilfe Serbiens in Anspruch nehmen, die Bulgaren aber als Ziel ihrer Bestrebungen der Bildung eines selbstständigen Staates neben dem serbischen bezichtigten. Nach einer anderen Version hätte es Anstoß erregt, daß Fürst Michael nicht den Fürsten Nikita von Montenegro, zu seinem Nachfolger erklären wollte. Fürst Michael war zu einer gewissen Zeit auch nicht abgeneigt, eine solche Kombination und damit wenigstens einen Theil der groß-serbischen Idee zu vermitteln; aber einestheils trat dieser Verwirklichung die entschiedene Weigerung der Pforte — und auch Oesterreichs —, die serbischen und montenegrinischen Grenzen, die befanntlich durch einen wenige Meilen breiten Land-

schon geleert waren, blauer Himmel rief verführerisch zum Weiterwandern. Das ist ein Weg! Die Tropfen hängen in den offenen Blumenfeldern, reihen sich wie Perlenkette an die Halme, darin blitzen die Sonnenstrahlen, und würziger Harzdunst steigt aus den Bäumen. Die kleine Kamnig raucht zur Seite, gewaltige Felswände ragen himmelan. Tüchtig muß man steigen, aber ein reich lohnender Punkt ist das Prebischthor. Auch dort giebt es leibliche Nahrung in Fülle und schlechte Musik, aber fröhliche Menschen. Es besteht unter den Reisenden ein wohlthuender Kommunismus. Man wird vertraut, ehe man den Namen des Andern weiß, man hat eine gewaltige gemeinsame Freundin, die Natur. Ihr erhabener Tempel reinigt und heiligt das Herz und bringt seine besseren Gefühle, Zutrauen und Menschenliebe an's Tageslicht.

Auf dem gewaltigen Felsbogen, der vielleicht einer mächtigen Meeresströmung seinen Ursprung verbannt, blickt man in die wilde Umgebung. Die entfernten Umrisse des Erzgebirges begrenzen den südwestlichen Horizont. Man schaut über die Spitzen der Tannen tief unten im Grunde hinweg in blaue ferne Schatten der böhmischen Wälder. Am uns der Tannenwald prangt jetzt durch die hellen Spitzen des Frühlingstriebes in seiner vollsten Schönheit. — Recht oft fiel mir Heine's Berg-Idylle ein:

Tannenbaum mit grünem Finger  
Klopft an's niedere Fensterlein!

denn überall ragten die frischgrünen Tannensfinger empor, während der Baum selbst im dunklen Kleide prangte.

Der Weg nach dem großen Winterberg ist bequem, aber nicht romantisch. — Ein nackter dürrer Waldweg, dessen Pflanzenwuchs früher üppig gewesen sein soll, aber 1842 durch einen Waldbrand vernichtet wurde. Auf dem mächtigen Basaltfelsen, dem Winterberg, steht das Gasthaus, aber die Fernsicht ist durch Walbung an vielen Stellen verdeckt. Nur vom Aussichtsturm hat man eine malerische Rundschau auf die sächsischen, böhmischen, selbst auf die schlesischen Gebirge. Im Vordergrund erblickt man nur einen kleinen Theil des Elbthales.

Alles Glück ist wandelbar, also auch das Reiseglück. Die

frisch getrennt sind, zusammenfallen zu lassen und Montenegro einen Hafen zu gewähren, hindernd in den Weg; andererseits mochte Michael sich auch überzeugt haben, daß Fürst Nikita nicht die geistige Bedeutung habe, den serbischen Staat durch alle Schwierigkeiten ungehindert hindurchzuführen. Wie dem auch sei, Thatsache ist, daß Fürst Nikita eine nicht unerhebliche Partei, die ihn als das Ideal eines edlen Serben betrachtet, für sich hat. Unter diesen Umständen ist es nicht unwahrscheinlich, daß verschiedene Ursachen zusammengewirkt haben, um das Resultat herbeizuführen, das in dem Blutbade von Topfischer seinen grauenvollen Ausdruck gefunden. Genaue Kenner serbischer Zustände behaupten, eine Katastrophe sei in Belgrad schon vor Wochen vorhergesehen worden, und wenn man auch nicht an die Ermordung des Fürsten Michael gedacht habe, so sei man in national-serbischen Kreisen seit längerer Zeit überzeugt gewesen, daß die Tage der Herrschaft des Fürsten Michael gezählt seien.

Belgrad, 15. Juni, Vormitt. Neue Verhaftungen haben stattgefunden. — Aus allen Gegenden des Landes gehen Zustimmungsadressen zur Wahl Milan's ein. — Der britische Gesandte in Konstantinopel ließ der provisorischen Regierung das Beileid der englischen Regierung ausdrücken.

Die Leichenfeier ist in größter Ordnung vor sich gegangen. Der Leichnam des Fürsten Michael wurde in der Familiengruft der Kathedrale beigelegt. Die Fürstin Julie und sämtliche Vertreter der fremden Mächte wohnten dem Begängnisse. Es heißt, der junge Milan werde der Fürstin Wittve zur Erziehung übergeben werden, und würde die Fürstin bis zur Großjährigkeit des Prinzen an der Regentschaft theilnehmen.

**Donaufürstenthümer.**

Bukarest, 8. Juni. In der Kammer sind von drei Eisenbahnprojekten das des Dr. Stroussberg für die Walachei und eins von Offenheim, für die Linie in der Moldau am 2. Juni mit 94 gegen 28 Stimmen angenommen worden und werden jetzt zunächst die einzelnen Paragraphen der Konzession Offenheim diskutiert. — Hier verbreiteten Nachrichten zufolge sollen in Bosnien Unruhen ausgebrochen und türkische Truppen im Anmarsche dahin begriffen sein, um dieselben im Entstehen zu unterdrücken.

**Vom Reichstage.**

**23. Sitzung des Norddeutschen Reichstages.**

Berlin, 15. Juni. Eröffnung 10 1/2 Uhr. Am Tische der Bundes-Kommissionen: Delbrück, v. Bagdork, Dr. Michaelis u. A.

Der Präsident bewilligt 7 Urlaubsgesuche, das Haus zwei auf längere Zeit (Schaffrath und Blum (Köln)).

Abg. v. Hammerstein theilt mit, daß der Grund zu seiner Beurteilung zwar weggefallen, aber der Reichstag werde in wenigen Tagen geschlossen werden. (Heiterkeit.) Präsident Simon: Ich glaube, daß dies eine irrtümliche Ansicht ist. (Heiterkeit.) Er bittet ihn auch für den Rest der Saison zu beurlauben, zumal er noch dringende vormundtschaftliche Geschäfte habe. (Abgelehnt.)

Vom Bundeskanzleramt ist die bei der Budgetvorberathung gewünschte Tage des für den Bundestag zu erwerbenden Grundstücks in der Wilhelmstraße eingegangen.

Die Maß- und Gewichtsordnung wird durch Schlußabstimmung definitiv genehmigt.

Es folgt die Diskussion des Gesetzes betr. die Verwaltung der nach Maßgabe des Gesetzes vom 9. November 1867 auszunehmenden Bundesanleihe. Diefelbe soll nach § 1 bis zum Erlaß eines definitiven Gesetzes über die Bundesschuldverwaltung der preussischen Hauptverwaltung der Staatsschulden übertragen werden, welche dafür verantwortlich ist, daß eine Konvertirung der obigen Anleihe nur auf Grund eines dieselbe anordnenden oder zulassenden Gesetzes, und nachdem die etwa erforderlichen Mittel bewilligt sind, vorgenommen wird. Die folgenden §§ 2-7 bestimmen die Stellung der preussischen Hauptverwaltung, die Zusammenfassung der Bundesschuldverwaltung und die Anleihe, die ihre Thätigkeit schäben. Die obere Leitung der Bundesanleihe (§ 2), Direktor und Mitglieder der preussischen Hauptverwaltung erkennen ihren Eid auch für die ihnen jetzt zu übertragende Verwaltung als maßgebend an (§ 3). An Stelle der besonderen Staatsschuldenkommission, unter deren fortlaufende Aufsicht die preussische Hauptverwaltung nach § 1 des Gesetzes vom 24. Februar 1850 gestellt ist, tritt für die in drei Mitgliedern des Bundesraths und Reichstags und dem Präsidenten der Rechnungsbehörde des Bundes bestehende, welche bis zur Errichtung derselben der besonders vereidigte Präsident der Oberrechnungskammer vertritt (§ 4).

Abg. Fries beantragt im Fall der Ablehnung des Gesetzes folgende Resolution: Der Reichstag wolle beschließen zu erklären, daß er bereit sei, nach erweiterter weiterer Vorlage des Bundesrathes die zum Zweck der Erweiterung der Bundeskriegsmarine und der Herstellung der Küstenverteidigung erforderlichen Mittel im Etat zu bewilligen und demgemäß die Matritularbeiträge zu erhöhen.

In der Generaldebatte nimmt zunächst das Wort Abg. Fries: Wer sich gegen das Bundesanleihegesetz ohne den § 17 erklärt, ist darum noch kein Feind der Flotte. Nicht „Flotte der Nichtflotte“, sondern „Anleihe oder Matritularbeiträge“ bezeichnen die verschiedenen Standpunkte. An und für sich halte ich die Anleihe für das richtigere, aber ihre Aufnahme nach der gegenwärtigen Vorlage halte ich ohne schwere Schädigung des Ansehens des Reichstages nicht für möglich. Er soll, was er am 22. April verneinte, nunmehr bejahen; diesem Ansinnen können wir nun und nimmer nachgeben. Anderer-

Sonne ging trübe unter, hüllte sich auch bei ihrem Aufgange in Schleier. Als wir auswanderten hingen noch leichte Wolken an den Berggaden, stiegen Nebel aus den Gründen, aber lustig klang aus schattigen Zweigen das Vogellied und fröhlich das „Guten Morgen“ der beim Hinauf- und Herabsteigen sich kreuzenden Wanderer. Auf dem kleinen Winterberg steht nur ein kleines gemauertes Haus, über dessen Eingang eine deutsche und lateinische Inschrift berichtet, daß im Jahre 1568 Kurfürst August von Sachsen, von einem wüthenden Hirsch verfolgt, sich auf diesen 1530 Fuß hohen Felsen geflüchtet und dort das Thier durch einen Schuß getödtet habe. Tannendunkel und wundersame Felsgestalten geben der Aussicht ernste Romantik. Eine tiefe Schlucht führt steil hinab in den Habichtszgrund, durch ihn zum Kuhstall, ein 20 Fuß hohes offenes Felsenthor mit dem Blick in den soeben durchwanderten Grund von Sandsteingebirgen rings umgrenzt. Durch eine enge Spalte auf 83 Stufen zum Gipfel zu dringen überließ ich den Geführten. Die Fernsicht soll droben sehr schön sein, aber sie war es auch hier unten. Nur Eins störte gewaltig, die unvermeidliche, unaufhörliche Musik aus verstimelter Harfe und Gitarre und dazu der kreischende Gesang einer weiblichen Stimme.

Wenn man ein Weilchen geruht, wie frisch läßt sich's wieder schreien in der reinen Gebirgsluft.

Am Lichtenhainer Wasserfall sahen wir nur wenig Tropfen herabfließenden Wassers; — man bot uns an, durch das Aufziehen einer Schürze das Wasser zu verstärken, wofür ein Trinkgeld gezahlt wird. Wie unpoetisch! wir dankten dafür. Jetzt windet sich die kristallene Kirmitsch durch das gleichnamige Thal durch blühende Wiesen. Waldbewachene Felsgebilde verengen und erweitern den bequemen Weg. Erdbeersträuße boten die Kinder und Quellwasser. Schandau, am Ausgang des Thales und am Ufer der Elbe gelegen, bot uns die vollste Rosenpracht. Man zieht sie hier hochstämmig und rankt sie am grünen Spalier um die ganze Vorderseite des Häuschens. Da grade jetzt sich Blüthe an Blüthe düftig auf den grünen Hintergrund der Blätter legt, ist der Anblick entzückend. Die Häuser haben hier, wie in vielen Badeorten, jedes einen Na-

leits ist auch für den Bundesrath die Zustimmung zu dem § 17 kaum mehr zulässig. Somit bleibt, wenn die Marine nicht darunter leiden soll, nichts übrig, als ohne Opfer auf beiden Seiten eine Lösung zu suchen. Diese Lösung giebt die heutige Vorlage nicht. Die Einrede gilt nicht, daß es sich hier nur um einen einzelnen Fall handle, und daß um des nationalen Interesses willen der Prinzipienfreiheit ruhen und ein Provisorium geschaffen werden müßte. Aber unsere heutige Zustimmung würde kein Provisorium schaffen. Große nationale Interessen werden sich an jede Anleihe des Bundes knüpfen, und die Gründe für das heutige Provisorium wird man Ihnen bei jeder Gelegenheit wiederholen; das Resultat wird sein, daß Sie in allen künftigen Fällen sich von denselben Gründen bewegen lassen, wie heute. Es bleibt daher nur das Mittel der Matricularbeiträge. Die Bedenken dagegen sind nicht zu unterschätzen, aber nicht durchschlagend. Ich erkenne die Unbilligkeit an, welche in dieser Vertheilung der Lasten liegt. Aber ihr wird überhaupt nicht abgeholfen werden, bis wir nicht direkte Bundessteuern eingeführt haben. Eine Lebensfrage für die Kleinstaaten sind die Matricularbeiträge nicht, es liegt kein großer materieller Unterschied darin, ob sie die Gelder zur Verzinsung und Amortisation der Anleihe aufzubringen haben, oder direct die Mittel zur Vergrößerung der Flotte durch Matricularbeiträge herbeischaffen müssen. Ehren Sie daher das Eigenthum des Reichstages, ehren Sie seinen vor so kurzer Zeit gefaßten Beschluß, lehnen Sie diese Vorlage ab. (Beifall links.)

Abg. Graf Scherwin (für die Vorlage): Die Kleinstaaten mögen sehr wohl fähig sein, eine Erhöhung der Matricularbeiträge zu ertragen. Aber die Frage wird heute nicht mehr erörtert: wir haben bereits eine Anleihe bewilligt, und es handelt sich nur darum, ob wir für ihre Verwaltung auf das von der Regierung angebotene Kompromiß eingehen sollen. Ich bin dieser Ansicht, die Regierungen haben positiv erklärt, daß sie auf die Matricularbeiträge nicht eingehen, daß der einzige Weg, die Mittel zu beschaffen, die Anleihe ist. Wir können, ohne unser Prinzip zu verletzen, auf die neue Vorlage eingehen. Das Prinzip aber wird sich am besten erörtern lassen vor Bewilligung einer neuen Anleihe.

Abg. Dr. Waldeck: Meine Stellung zur Vorlage ist um so klarer, als ich von Anfang an die Mittel für die Marine nicht durch Anleihen, sondern durch Matricularbeiträge beschaffen wollte, und mit meinen Freunden überhaupt gegen die Anleihe gestimmt habe. Wenn konstitutionelle Rechte, jegliche oder künftige, aufzugeben sind, dann müßte das Äquivalent ein äußerst bedeutendes sein. Hier aber sehe ich gar keines. Vielleicht wäre im Kriegsfall die Existenz des Staates ein Äquivalent, für das man freiwillige Rechte aufgeben müßte; ich gebe auch das nicht zu, denn nur freie Staaten haben das Recht zu existiren, aber ich kann mich wenigstens auf diesen Standpunkt verlassen. Hier aber sind wir in einer solchen Lage gar nicht. Ob Anleihe oder Matricularbeiträge — das kann uns doch nicht bewegen, ein auch nur künftiges Recht des Reichstages aufzugeben. Vor noch nicht zwei Monaten wurde jener § 17 angenommen. Der Abg. Miquel erklärte, es sei nicht gut, wenn man immer den Sitzer bei den Hörnern fasse; aber hier sei eine Gelegenheit dazu. Und gewiß wird jeder vernünftige Mensch ihm darin Recht geben. Der Reichstag hatte damit die Bahn betreten in Bezug auf die Verwaltung der Schulden, die in Preußen mit dem vortrefflichen Gesetz von 1820 begonnen wurde zum Heile des Staates. Wie kann man aber jetzt gar ein anderes Staatswesen mit der Verwaltung unserer Schulden beauftragen? Diese Einrichtung giebt uns nicht die mindeste Garantie, sondern macht die Angelegenheit nur schlimmer, als sie war. Wenn die Majorität vom § 17 abgehen will, dann nehme man doch lieber das alte Gesetz an ohne den § 17, das wäre viel konsequenter. Die aber, denen es mit dem § 17 ernst ist, haben kein Recht, die Vorlage anzunehmen. Die Ersparnisse, die man in Folge jenes unseres Votums gemacht hat, sind fast ganz ohne Einfluß auf die Höhe der Matricularbeiträge. Ich sehe hier z. B. 200,000 Thlr. für Schießübungen, das ist allerdings eine ganz tolle Summe. Man beabsichtigt eine internationale Münzkommission, der Kaiser von Rußland will im Interesse der Humanität die explosivenden Geschosse auf internationalem Wege abgeschafft wissen, warum stellt man nicht auch solche Schießversuche durch international zusammengesetzte Kommissionen an? (Gelächter rechts.) M. S., wir haben in diesem Gesetze zwar etwas Anderes, aber nicht von der ursprünglichen Regierungsvorlage wesentlich Verschiedenes, nichts Besseres. Man muß nicht bloß für einen Tag rechnen, am wenigsten eine Volksvertretung, die den Keim in sich tragen will zu einer künftigen Gesamtvertretung des deutschen Volkes.

Abg. Lasker: Das Haus hat im vorigen Jahre die Nothwendigkeit einer Anleihe für Marinezwecke anerkannt und seitdem eine Aenderung dieses Beschlusses durch Nichts gerechtfertigt. Wenn daher der Abg. Waldeck, der jenem Beschlusse nicht beigetreten ist, konsequenter Weise heute wieder seine Gründe gegen eine Anleihe überhaupt geltend macht, so können diese Erwägungen für uns von keinem Gewicht sein. Ich wende mich daher nur gegen die Behauptung, daß wir uns der Vorlage von heute gegenüber in derselben Situation befänden, wie der uns vor 2 Monaten gemachten. Es ist zunächst ein Irrthum zu glauben, daß wir die Bewilligung der Anleihe an die Bedingung des § 17 geknüpft hätten; an sie hat im vorigen Jahre noch Keiner gedacht, sie kam erst zur Sprache, als es sich um die Schöpfung einer neuen, dauernden Institution des Bundes handelte. Damals wollten wir, daß in das Bundesgrundgesetz die Verantwortlichkeit nicht wieder als ein leeres Wort aufgenommen würde; wir waren aber weit entfernt, deshalb die Existenz der Flotte in Frage zu stellen. Unser Bestreben war nur dahin gerichtet, uns nicht unter dem augenblicklichen Druck eine uns nicht zusagende Institution aufzwingen zu lassen. Der Herr Bundeskanzler legte uns bei der letzten Beratung dieses Gegenstandes die Frage vor, was wir thun würden, wenn die Regierungen ohne Rücksicht auf das Bestehen der Flotte ihrerseits ebenfalls auf ihrer Meinung beharren würden. Ich habe nicht geglaubt, daß die Frage thatsächlich an uns herangetreten würde; unser heutiger Beschluß soll eine Antwort darauf geben. Wir wollen nicht mit verführten Armen ruhig zuschauen, daß man die Flotte, und damit unser Vaterland gefährdet; ich wenigstens will

diese Verantwortung nicht auf mich nehmen, und da ich keine Aussicht habe, die Frage in Einklang mit unsern Rechtsforderungen definitiv zu regeln, so werde ich ein Provisorium bewilligen. Ja, ich will es mit der Offenheit, die ich hier stets zu üben gewohnt bin, aussprechen, daß ich kein Bedenken trage, mich auch in Zukunft, wenn die Frage an mich wieder herantreten sollte, in derselben Weise zu entscheiden, wie ich es heute thun werde. (Ironisches Bravo links.) Wer der Ansicht ist, daß es an der Zeit sei, um verfassungsmäßige Rechte zu streiten, wenn die Existenz des Vaterlandes auf dem Spiele steht, der mag gering darüber denken; diesen Standpunkt hat der Abg. Waldeck hier vertreten, obwohl ihm das Volk bereits 1866 die richtige Antwort darauf gegeben hat. Man hat uns vorgeworfen, wir wollten ein Recht des Volkes opfern und doch wird Jeder anerkennen, daß wir das im § 17 ausgesprochene Recht nach gar nicht besitzen, daß es sich darum handelt, dasselbe erst zu erwerben. Nach den Erklärungen des Bundesrathes ist keine Aussicht vorhanden, die Frage in anderer Weise zu regeln, als auf dem Wege des Provisoriums. Die von dem Abg. Fries befürwortete Erhebung durch Matricularbeiträge, die ich schon an sich für ungeeignet halte, fällt hiernach von selbst hinweg, und wir haben nur darüber zu entscheiden, ob der vorliegende konkrete Fall derart ist, daß wir eine Veranlassung haben, die früher beschlossene Anleihe nicht realisiren zu lassen. Seit dem Jahre 1866 ist die Entwicklung der Flotte für Preußen eine dringende Nothwendigkeit geworden; bereits früher war sie ein Gegenstand der Sorge der Landesvertretung, und der Abg. Birchow selbst beantragte im Jahre 1865 mitten in der Zeit des Konfliktes gegen alle konstitutionelle Regel eine Mehrbewilligung von 1,100,000 Thlr. im Interesse der Flotte. Seitdem hat sich unsere Handelsmarine vervierfacht, wir haben große Kräfte gewonnen und mit ihnen die Gelegenheit, die Flotte erst zu entwickeln; die Schachlage hat sich also nur zu Gunsten der Bewilligung geändert. Unsere Flotte hat bisher unter der Ungunst der Verhältnisse gelitten: die reaktionären Minister betrachten sie nicht mit günstigen Augen, die Zeit des Konfliktes verhinderte es, die reichlichen Bewilligungen zu verwirklichen, und endlich erhob sich der Streit wegen der Beamtenverantwortlichkeit, der einen Ausgang nahm, wie ich ihn für unmöglich gehalten hätte; (Hört, hört!) ich hätte nicht geglaubt, daß man im Norddeutschen Bund wegen kleinlicher bürokratischer Maximen die Existenz der Flotte in Frage stellen könnte. (Hört, hört!) An uns tritt jetzt die Frage heran: soll wegen eines bloßen Formalismus, eines Scheines, unsere Marine zu Grunde gerichtet werden? In der nächsten Zeit wird uns das Gesetz betr. die Kontrolle des Rechnungswesens im Bunde vorliegen; ich kann ihm in seiner jetzigen Gestalt nicht zustimmen, und doch werde ich einer provisorischen Regelung durch die preussische Oberrechnungskammer nothgedrungen zustimmen müssen. Heute ist mir ein dabingehendes Amendement des Abg. Kirchmann vor Augen gekommen. Sie beabsichtigen also, in jenem Falle dasselbe zu thun, was wir heute wollen, nämlich eine provisorische Regelung, bis die Frage in Ihrem Sinne definitiv geordnet ist. Sie selbst fühlen den großen Unterschied zwischen endgültigen Maßregeln und einer augenblicklichen Ausflucht, obwohl Sie denselben heute fortzulegen wollen. Es ist freilich schlimm, daß die Regierungen glauben, mit Provisorien fertig zu werden; es wird dadurch die Kräftigung des Landes in bedenklicher Weise gefährdet, weil wir aber auch diese Provisorien nicht, so machen wir uns zu Mitschuldigen an dem vertheidigungslosen Zustande unseres Vaterlandes, der uns zwingt, vor jeder skandinavischen Union zu zittern. Ich bitte Sie, für die Vorlage zu stimmen, wenn Sie das verüben, wenn Sie das Land nicht gefährden wollen, weil Sie sich mit einer widerstrebenden Regierung nicht zu einigen im Stande sind. (Beifall.)

Abg. v. Kirchmann: Will das Haus heute ein Votum abgeben in direktem Gegenlage zu zwei früheren Abstimmungen? Abg. Lasker ermahnte damals das Haus, nicht nachzugeben, wenn man ihm nicht sein volles Recht auf die Kontrolle der Schulden gewähre, die Regierung rechne auf einige schwache Leute. (Hört, hört!) Heute glaubt er, die Bewilligung in etwas modifizirter Form empfehlen zu müssen. Der erbitterteste Gegner kann keinen heftigeren Schlag gegen den Reichstag führen, als dieser es selbst thun würde, wenn er heute ja sagt; nichts könnte seine Autorität mehr schwächen, als wenn er heute bewilligt, was er vor sieben und vor zwei Monaten wiederholt abgelehnt hat. (Sehr wahr!) Was soll unser Volk zu einer solchen Inkongruenz sagen? Entweder muß es die Mitglieder des Hauses für sehr unsicher in ihrem Urtheile, oder für sehr schwach in ihrem Charakter halten. (Sehr richtig!) Ich bebreite, daß die Verhältnisse sich seitdem in irgend einer Weise geändert haben; die Vorlage ist nur ein anderer Weg, der die Umkehr der Majorität maskiren soll. (Sehr wahr!) Durch Annahme desselben arbeiten Sie denen in die Hände, die den Parlamentarismus bekämpfen und in den Parlamenten nur Selbstbewilligungsmaschinen zu sehen gewohnt sind. Der Abg. Lasker sucht seine Abstimmung dadurch zu rechtfertigen, daß es sich nur um ein Provisorium ad hoc handle. Diesen Grund haben wir bereits oft an dieser Stelle gehört, und er kehrt bei jedem einzelnen Fall wieder. Wenn sich der Abg. Lasker dabei auf mein Amendement zu dem Gesetz auf das Rechnungswesen beruft, so übersieht er den großen Unterschied zwischen jener und der vorliegenden Frage, daß dort noch nicht ein zweimaliges Votum des Hauses der von mir vorgeschlagenen Lösung entgegensteht, und ein unumgängliches Bedürfnis vorliegt, eine Behörde zur Revision der Rechnungen zu schaffen. Dieses Bedürfnis erachte ich heute als nicht erwiesen. Für den bloßen turrenten Dienst in der Marine sind drei Millionen ausreichend; diese müssen durch Matricularbeiträge aufgebracht werden, wenn Sie nicht das unglückliche und vererbliche Prinzip zur Geltung bringen wollen, die Lasten so viel wie möglich auf die Nachkommen abzuwälzen, diese Last kann auch von Allen leicht getragen werden, denn auf die kleineren Staaten fällt dabei ein Antheil von kaum 1000 Thalern. Eine Mehrbewilligung aber scheint mir augenblicklich weder dringend geboten, noch vortheilhaft. Der Abg. Lasker behauptet zwar, daß seit der Bewilligung der Anleihe nichts geschehen sei, um Ihre Ansichten darüber zu ändern, ich erinnere Sie aber an die neuesten Erfahrungen, wonach selbst die feindlichen Panzer in Folge des neuen Pulvers und der neuen Projektile keine Sicherheit mehr gewahren. Außerdem erinnere ich diejenigen, die in Kiel waren, daran, daß von fast allen

Autoritäten erhebliche Zweifel ausgesprochen worden sind, ob es sich empfehlen würde, den Hafen in der von der Regierung projektierten Weise besperrigen zu lassen. Ich meine, daß wir hiernach wohl Gründe haben, mit Bewilligung von großen Ausgaben, namentlich für den Bau von Panzerschiffen, vorsichtig zu sein, und würde es für kein Unglück halten, wenn die Anleihe nicht sofort realisiert würde. Wenn der Abg. Lasker glaubt, durch augenblickliche Nachgiebigkeit den Streitpunkt beseitigt zu haben, so möchte ich ihn doch auf den Charakter des Staatsmannes hinweisen, mit dem wir es zunächst zu thun haben. Ich will die großen Leistungen des Grafen Bismarck nicht in Zweifel ziehen, Jeder von Ihnen aber wird mir zugeben, daß er bei seinen Bestrebungen von einem außerordentlichen Glück unterstügt worden ist. Wer konnte erwarten, daß unsere Armee solche Wunder der Tapferkeit thun (Unruhe rechts), daß unsere Führer mit solcher Umsicht und strategischem Talent zu Werke gehen würden? (Widerspruch und Heiterkeit.) Wir hatten seit 50 Jahren keinen größeren Krieg geführt, unsere Stärke also und die Schwäche der Gegner stand nicht so fest, daß man bestimmt darauf rechnen konnte. Wenn der Graf Bismarck also von fast wunderbarem Glück begünstigt, sein Ziel erreichte, so darf es nicht Wunder nehmen, daß sich ein starrs Besthalten an seinem Willen entschieden ausgeprägt hat und daß es ihm schwer wird, sich jetzt in die Schranken zu fügen, die nach konstitutionellen Grundsätzen dem leitenden Staatsmann gezogen sind. Ich erinnere Sie an die Verhandlungen über den Provinzialfonds und noch bei Beratung des Bundesgrundgesetzes deutete er ziemlich unverholen auf die Möglichkeit hin, eine Anleihe ohne Bundesgesetz zu machen. Als er später noch davon zurückkam, zeigte sich wieder seine Empfindlichkeit über unsere Beschlüsse darin, daß er den turrenten Dienst der Marine leiden ließ. Durch seine ganze bei der damaligen Verhandlung gehaltene Rede ging der eine Gedanke: „Ich habe 1866 den Staat gerettet, und deshalb kann ich mir auch jetzt in der ruhigen Zeit des Friedens die Schranken nicht gefallen lassen, die mir die Gesetze ziehen wollen.“ Diese Logik verstehe ich zwar nicht, sie beweist aber, daß wir es mit einem Charakter zu thun haben, bei dem ein Nachgeben zu Nichts führt. Wenn Sie heute KonzeSSIONen machen, so haben wir bei der nächsten Gelegenheit den Konflikt von Neuem. Halten Sie deshalb Ihre früheren Beschlüsse aufrecht. Gerade hier ist ein Punkt für den Reichstag, sich die Stellung zu sichern, die ihm zukommt. (Beifall.)

Abg. Graf Bethusy-Huc: In Bezug auf die psychologischen Auseinandersetzungen über den Charakter des Herrn Bundeskanzlers will ich dem Herrn Vordrucker nur bemerken, daß der Graf Bismarck die Verhältnisse vor dem Kriege klar erkannt und die Folgen mit Schärfe vorausgesehen hat; ich bin bereit, ihm privatim Beweise für diese Behauptung beizubringen. Der Vorwurf der Inkongruenz, wenn wir die heutige Vorlage annehmen, ist ungerechtfertigt. Wir befinden uns in voller Uebereinstimmung mit dem früheren Beschluß, durch den wir die Anleihe bewilligt haben, und würden durch Ablehnung der Vorlage uns mit diesem in Widerspruch setzen. Von einem Aufgeben des § 17 ist nicht die Rede; wir beschließen nur, darüber heute nicht zu diskutieren. Die Furcht, daß der Respekt vor der Landesvertretung durch unsern Beschluß gefährdet werden würde, theile ich nicht und was hilft auch der Respekt vor der Vertretung des Landes, das beim Auslande selbst keinen Respekt genießt? Ich habe das erste Mal ebenfalls für den Antrag auf Beamtenverantwortlichkeit gestimmt, jedoch in größerer Voraussicht als der Abg. Lasker bereits bei der Beratung des Gesetzes vor 2 Monaten mein erstes Votum fallen lassen, weil ich die Marine nicht gefährden wollte. Die Gegner der Vorlage erinnern mich an die Geschichte des Salomonischen Urtheils; sie wollen um auf ihrem Rechte zu bestehen, lieber das Kind, die Flotte zertheilt sehen. Ich bitte Sie, geben Sie den von ihnen geltend gemachten Gründen kein Gehör, und gefährden Sie nicht Ihr eigenes Vaterland aus Liebhaberei zu konstitutionellen Theorien. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Löwe: Es macht einen sehr peinlichen Eindruck von allen Seiten die Entballung von neuen Konflikten und von großen Gewissensbedrängnissen zu hören, die zu einem dem eigenen Anschauungen durchaus widersprechenden Entschlusse geführt haben, der lediglich veranlaßt worden ist durch — Konjunkturpolitik. So unmittelbar, wie jene Herren es darstellen, sind die Verhältnisse gar nicht an uns herangetreten. Der Abg. Lasker hat gesagt: „Nur eine unmitelbare Gefahr des Vaterlandes könne ihn veranlassen, von dem früher ausgeprochenen Grundfasse abzugehen“, und in der Bedrohung der Entwicklung der Marine sieht er eine solche unmitelbare Gefahr. Zwischen der Gefahr des Vaterlandes und der Entwicklung der Marine liegt aber noch ein gewaltiger Abgrund. Herr Lasker hat auch gleich hinzugefügt, daß er später in ähnlichen Fällen wieder ganz ebenso handeln würde. So sehr ich auch seine Offenheit anerkenne, muß ich ihm doch hierbei das bekannte Sprichwort ins Gedächtnis rufen: „Es giebt viele Dinge, die man im Nothfall thut, aber nicht sagt.“ (Beifall links.) Wüßte Herr Lasker dies später doch in der Stille thun; heute aber der Regierung schon zu sagen, was man später auch noch thun will, halte ich nicht für gut; und ich hätte in der That Herrn Lasker für einen besseren Geschäftsmann gehalten. (Beifall.) Das Hinzuziehen der Konjunkturpolitik ist um so unangemessener, wo es sich um große Gewissensbedenken handelt, zumal hier, wo die Herren gleichzeitig das Bekenntniß hinzufügen, daß sie sich mit ihrer früheren Konjektur in Betreff der Folgen ihres früheren Beschlusses getäuscht haben. Fällt es Ihnen denn jetzt, wo Sie Ihren Beschluß einer andern Konjektur halber ändern wollen, nicht ein, daß Sie diese Konjektur wieder ebenso täuschen kann? Sie haben nicht geglaubt, daß die Bundesregierung durch das bloße Wort „Beamtenverantwortlichkeit“ so nutzlos werden könnte; Sie haben es nun aber gesehen. Die Dinge liegen aber gar nicht so schlimm, wie sie dargestellt werden, und wir sollten uns darüber nicht überflüssig erheben; man sollte nicht von Entwaffnung und Bedrohung des Vaterlandes sprechen. Ich wenigstens habe nicht das Gefühl, daß ich um so viel reicher an Patriotismus und Hingebung an das Vaterland wäre, als die Regierungen, als die Fürsten, als der König von Preußen, wenn ich für dies Gesetz stimmen könnte. (Beifall.) Weshalb soll ich denn die Noth des Vaterlandes früher fühlen, als die Fürsten, als der König von Preußen in ihrem Patriotismus? (Beifall.) Ich bin bescheiden und lasse jenen gern den Vorzug. (Beifall); mögen Sie den Patriotismus in derselben

men. An grünauffsteigender Höhe liegt die „Sibylle“, dort lehnt sich die „Morgenröthe“ freundlich hell an eine graue Felswand, vor „den drei Rosenbäumen“ erheben sich die Bäume selbst mit zarten Blüten.

Im Segelboot über die Elbe nach Krippen, dann mit dem Bahnzuge nach Königstein, das ist unser Weg. Die Beschreibung der Festung ziemt nicht der weiblichen Feder. Man könnte mich da sehr leicht auf Fehlern ertappen.

Von Königstein bis Rathen fährt das Dampfschiff eine halbe Stunde; nun wird die Bastei bestiegen. Sie bleibt der Glanzpunkt der sächsischen Schweiz. Steil aufsteigend am Ufer der Elbe, eine in mehreren Hörnern sich aufbauende Felsmasse senkt sich, ehe man das Plateau betritt, namentlich von der Brücke aus, der Blick ist die unergündlichen, dicht mit Tannen und abenteuerlichen Felsgestalten gefüllten Tiefen des Amelgrundes. Droben von der höchsten Höhe aber grüht weithin das fruchtbare Land, wogen die Felder; sie bilden zerstückelt im wechselnden Grün einen sauberen Teppich, der sich an die Ufer der Elbe legt. Diese zieht einen breiten Silberstreifen hindurch, auf dem das leichte Boot schaukelt, der Dampfer rauchend seine Furchen zieht. Klippen- und Königstein ragen ernst empor, Rosen- und Winterberg heben ihre mächtigen Häupter. Einzelne Bahnzüge brausen am jenseitigen Ufer dahin, so klein wie Kinderpielzeug von der Höhe aus gesehen. Wer denkt nicht unwillkürlich an Chamisso's „Riesenspielzeug“, wenn er drunten die kleinen Menschen sich bewegen sieht. Jetzt wirft die Sonne ihre letzten Gluthstrahlen über die Gegend; drunten im Wasser rüthen sich die Wellen und die Tannen und Berge droben glühen im Purpurschein.

Die Reise geht heute noch weiter. — Ein schmaler Waldweg führt zum Zichergrund, eine wilde, feuchte, enge Waldschlucht, wunderbar geformte Felsen mit Moos und Tannen bedeckt umgeben den engen Fußsteig. Das Moos schmiegelt sich liebevoll mit weicher schützender Decke an das nackte Gestein, in den Klüften und Rissen wehen federleicht die Büsche des Farrenkrautes.

Man gelangt durch eine kleine Tannenanpflanzung von hier

in den Uttenwalder-Grund. Da biegen sich oft die Felsen über dem schmalen Stege so dicht aneinander, daß das Tageslicht nur durch eine dünne Spalte dringt. Feucht rieselt es von den grünlichen Felsen herab, Pilze wuchern in den Ritzen des zerklüfteten Gesteins, hier und dort treibt eine Kröte ihr unheimlich Wesen, zumal wenn es dunkelt wie jetzt. Noch an der Teufelsküche vorüber, nun durch das Felsenthor, dann führen feuchte steinerne Stufen hinauf, immer weiter, weiter bis ans Tageslicht und wie wir hoffen nach Wehlen, das wir erreichen müssen.

O weh! wir sind im Grunde zu weit gegangen, es ist Uttenwalde, das mit strohgedeckten Hütten vor uns liegt. Sich verirren, in eine Höhle gerathen, unter Räubern schlafen, das gehört zu den Reiseabentheuern der Vorzeit. Die Höhlen und Schluchten zwar lagen drunten im Grunde, verirrt hatten wir uns auch, aber statt eines Räuberhauptmannes begrüßte uns der freundliche sächsische Landmann, der uns Verschmachteten schäumende Milch kredenzte und kräftiges Schwarzbrot. Der beinahe volle Mond war aufgegangen und leuchtete durch einen weißblühenden Hollunderbaum. Der Architekt in unserer Gesellschaft zeichnete schnell die Umrisse des kleinen Häuschens, während still und stiller die Nacht hereinzog. Noch eine Stunde hatten wir zu wandern zwischen Kornfeldern auf der vom Monde hellbelegten Straße, dann schimmerten Lichter, tönte Hundegebell, führte ein sehr steiler Fahrweg in das kleine Städtchen Wehlen zu erquickender Ruhe.

Morgens mit dem Dampfschiff nach Dresden zurück. Die große Stadt, und wenn sie auch in schöner Architektur uns umgiebt, macht stets einen beklemmenden Eindruck, sobald man sich, wenn auch nur kurze Zeit, in der Natur ergangen. Bagengerassel und Menschentreiben, Hitze und Staub, wie unbehaglich nach dem hellen Vogelied und würzigen Waldesduft. Und doch bietet die Stadt auch Unvergleichliches. Einen Blick in die reichsten Kunstschätze der sächsischen Hauptstadt wollten wir uns doch noch gönnen. Einen Blick nur, denn was sind wohl zwei Stunden auf der Dresdener Bildergalerie vor Rafael Sanzio's sirtinischer Madonna, während in jedem Saal Werke unsterblicher Meister zu längerem Weilen

auffordern. Dort Corregio's Nacht mit dem wunderbar leuchtenden Kinde unter den neapolitanischen, spanischen, niederländischen und deutschen Meistern, treffliche Bilder von Guido Reni, Murillo, Rubens, Rembrandt, Hans Holbein. Viele Künstler und Künstlerinnen der Dresdener Malerschule saßen kopierend vor den Originalen, wunderschön zeichnete Professor Winkler die sirtinische Madonna in schwarzer Kreide.

Unter den Meistern der Düsseldorfer Schule gebührt wohl Julius Hübners großem Bilde „Luther im Streite mit Dr. Eck“ der erste Rang. Wie charakteristisch ist der Kopf des Jesuitenmönches, der joeben Eck ein wichtiges Argument zuzuschüttern scheint, wie wohlthuend die edle überzeugende Wahrheit auf dem Antlitz Luthers gegen den Ausdruck heftiger Parteiwuth in Miene und Gebärde des sanftmüthigen Gegners.

Noch einen Besuch hatte ich in Dresden nicht zu veräumen, und wenn das Auge einer weiblichen Leserin mir auf der kleinen Reise gefolgt ist, wird es mich auch dorthin freundlich begleiten. — Ich besuchte Thella v. Gumpert. Wer kennt sie nicht in der neueren Literatur, wer schenkt nicht gern

„Mutter Anna und ihr Gretchen“, „Der blühende Zeitvertreib“, und das alljährlich mit hübschen Erzählungen ausgestattete Töchteralbum an Kinder und Enkel. Ich traf keine arrogante Schriftstellerin, sondern eine freundliche Matrone mit noch blühenden Wangen und leuchtendem Blick, frischen Geistes, aber was die Frau mit der Frau zu verhandeln hatte, das bleibt natürlich ein Geheimniß. Und nun zurück in die Heimath!

Die hellen Pfingsttage sind vorüber, wir haben uns sogar noch einen vierten Festtag gegönnt, aber auch seine Sonne ist bereits gesunken, als der Zug durch die märkische Sandebene braust und auf dem Bahnhof der preussischen Weltstadt mündet.

Clara Ernst.

Weise zeigen, wie der Abgeordnete Lasker ihnen denselben vorgezeichnet hat. Lebhafter Beifall links.) — In den von dem Vorredner beigebrachten Motiven vermisse ich durchaus eine Begründung für die Nothwendigkeit einer Anleihe. Man hat ganz allgemein gesprochen von einer Entwaffnung der Marine, ohne auch nur den geringsten Beweis beizubringen. In der Zusammenstellung, die uns zur Erläuterung des Etats übergeben worden ist, steht noch eine ganz hübsche Anzahl von Schiffen. — Warten wir doch erst einmal, bis die Regierung uns vorlegt, wozu sie die Gelder verwenden will. Können wir denn, wenn wir uns einmal betrachten, was seit 1850 mit dem für die Marine verwandten Gelde geschehen ist, so großes Vertrauen zur Verwaltung der Marine haben, daß wir immer Geld geben, ohne die Verwendung genau zu prüfen? — Wenn nun gerade von der Nothwendigkeit der Abschaffung großer Schiffe die Rede ist, — deren Bewunderer ich übrigens nie gewesen bin — so haben es die neuesten Ermittlungen über die Haltbarkeit der Panzerschiffe doch sehr fraglich gemacht, ob auf diesem Wege die Stärke der Marine und die Sicherheit des Landes begründet wird. Wenn uns ein wirklcher Marineplan vorliegt, dann läßt sich darüber näher sprechen. — Man hat uns gesagt: „Aus Patriotismus sollen wir ein solches ungenügendes Provisorium schaffen. Glauben Sie denn etwa, daß der Fürst Hardenberg, als er gewissermaßen am Schluß seiner Wirksamkeit das Gesetz von 1817 gab, dadurch weniger Liebe zu Preußen und Deutschland bekundet hat, als früher? Glauben Sie, daß er vielleicht „aus Bosheit“ ein solches Gesetz gegeben hat, oder glauben Sie nicht vielmehr, daß er dadurch, daß er durch das Gesetz dem Absolutismus eine Schranke setzte, die Absicht hatte, dem Vaterland einen wichtigen Dienst zu leisten? — Die historische Erfahrung lehrt, daß man die Sicherheit der Staaten nicht vergrößert, wenn man diese Schranken wegreißt, sondern daß es ein glückliches Beginnen für einen Staat ist, wenn in Geldfragen, wenn auch nicht absolute, so doch relative Hindernisse aufgerichtet werden.“

Bundeskommissar Delbrück: Der Herr Vorredner hat darauf hingewiesen, daß er einen dringenden Grund zur Vortragsung des vorliegenden Gesetzes, das die Realisirung der Marine-Anleihe nothwendig machen soll, nicht erkennen könne, da ja anscheinend die verbündeten Regierungen selbst keine dringenden Gründe dafür hätten. Ich dachte, die Thatsache, daß diese Vorlage von den Regierungen eingebracht worden ist, spräche dies genügend aus. Theilten die verbündeten Regierungen nicht die Ansicht, daß große Interessen des Vaterlandes es erheischen, die Marine in ihrer Entwicklung fortzuführen, so würden sie Anstand genommen haben, diese Vorlage zu machen, die auch sie, als an sich vollkommen, nicht anerkennen können. Der Weg der Verständigung, den die Regierungen durch diese Vorlage betreten haben, beweist hinlänglich, welche hohen Werth sie darauf legen, die Anleihe zu realisiren und die Marine-Entwicklung zu fördern. — Eine Vorlage darüber zu machen, in welcher Weise das Geld verwandt werden soll, ist die Regierung nicht in der Lage, bevor sie nicht sieht, daß die Anleihe zu Stande kommt. — Wenn, wie ich hoffe, der Reichsrath diesem Gesetze seine Zustimmung ertheilt, und wenn, wie ich hoffe, dies noch heute geschieht, so werde ich noch in der heutigen Sitzung in der Lage sein, näheren Aufschluß über diese Frage zu geben.

Abg. Frhr. v. Moltke: Welcher verständige Mensch, m. H., sollte nicht wünschen, daß die enormen Ausgaben, die in Europa für Kriegszwecke gemacht werden, lieber zu Friedenszwecken verwendet würden? Aber auf dem Wege, wie einer der Herren Vorredner es gemeint hat, auf dem Wege internationaler Verhandlungen wird das sicherlich nie zu Stande kommen. (Zustimmung.) Es ist ja der Krieg nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Waffen. Ich sehe für jenen Zweck nur eine Möglichkeit und das ist: daß im Herzen von Europa sich eine Macht bilde, die, ohne selbst eine erobernde zu sein, so stark ist, daß sie ihren Nachbarn den Krieg verbieten kann. (Lebhafter Beifall.) Eben deswegen glaube ich, daß wenn dieses segensreiche Werk je zu Stande kommen soll, es von Deutschland ausgehen wird, aber erst dann, wenn Deutschland stark genug sein wird, das heißt, wenn es geeinigt ist. Auch im Militär, m. H., verfolgen wir die Fortschritte der Wissenschaft und die Erfindungen, die anderwärts gemacht werden. Aber die Erfindung ist noch lange nicht das, was aus ihr geschaffen werden kann, es kommt darauf an, sie kriegsfertig zu machen. Unser vortreffliches Sündnadelgewehr ist vor langen Jahren erfunden worden, wir haben aber mehr als 20 Jahre gebraucht, um daraus eine wirklich für den Krieg brauchbare Waffe und einen Vorrath von Millionen herzustellen. Es würde also lange nicht genügen, zu beobachten, was anderwärts geschieht, sondern wir müssen selbst damit Proben machen. Es ist gesagt worden, daß die humane russische Regierung die explodirenden Geschosse abschaffen wolle. Es handelt sich dabei eigentlich nur darum, daß man in Rußland explodirende Geschosse nicht einzuführen wünscht; ob aber die russische Regierung die Schrapnells und Granaten abschaffen wird, so lange noch die anderen Mächte sich derselben bedienen, daran zweifle ich sehr. (Geisterkeit.) Es ist ferner gesagt worden, daß die Geschütze doch schließlich alle Panzer durchbrechen werden. Wenn der Herr Vorredner uns davon die Versicherung geben kann, so würden wir sehr kostspielige Versuche sparen können. Ich fürchte aber, daß wir vielleicht noch zwei Kriege zu führen haben werden, ehe diese Frage entschieden ist, worin wir sowohl Panzerkräfte wie Befestigungen brauchen werden. Wie der Herr Vorredner dieses Argument gegen den Hafen von Kiel brauchen kann, das begreife ich nicht. Meine Herren! Unsere Nachbarn wissen wohl — auch diejenigen, die so thun, als ob sie es nicht wüßten — daß wir sie nicht angreifen wollen. Aber sie sollen auch wissen, daß wir uns nicht angreifen lassen wollen und dazu brauchen wir eine Armee und eine Flotte, und ich vertraue auf den Patriotismus dieses hohen Hauses, daß es das von den Regierungen gebotene Gesetz annehmen wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Die Citate, die der Abg. v. Kirchmann aus den früheren Reden von Kollegen gemacht, hätte er sich besser erspart; er hätte dafür lieber klassische Autoren citiren sollen. (Geisterkeit.) Er wolle uns dadurch Inkonsequenzen in unserer Haltung nachweisen, weil wir heute nicht das selbe sagen, was wir vor 6 Wochen gesagt haben. Die Gründe, welche aus der Anschauung hervorgehen, wie man sich selbst am besten gefällt, oder bei seinen Wählern am besten rekommandirt, sind allerdings bei uns den Gründen untergeordnet, die sich auf die allgemeine politische Lage und auf das Wohl des Vaterlandes beziehen. Das Citat, das Herr v. Kirchmann aus der Rede Laskers beigebracht hat, leidet aber auch außerdem an der wesentlichen Unrichtigkeit, daß ein einzelner Satz aus dem Zusammenhang herausgerissen und gerade die entscheidende Stelle weggelassen ist. Es heißt nämlich in der Laskerschen Rede weiter unten: „daß wir nur mitwirken wollen zur definitiven Organisation von Behörden unter Bedingungen, die wir für angemessen halten.“ Heute ist aber nicht von einer definitiven Organisation, sondern nur von einem provisorischen modus vivendi in Bezug auf die bereits bewilligten 10 Millionen die Rede; wenn wir hierbei einen andern Standpunkt einnehmen, so liegt darin kein Widerspruch; denn das sind zwei, fundamental ganz verschiedene Fragen, die man nicht konfundiren darf; und das Volk, an dessen Urtheil Herr v. Kirchmann appellirte, wird wohl so viel Verstand haben, um denen, die heute für die Vorlage stimmen, nicht auch entweder den Verstand, oder den Charakter abzusprechen, wie Herr v. Kirchmann gethan, sondern einzuwenden, daß der Reichstag mit diesem Votum in dem gegebenen Fall und zur gegebenen Zeit das gefunden hat, was dem Bedürfnisse der Nation entspricht. (Beifall rechts.) Der Abg. Löwe hat meinen Freund Lasker einen „schlechten Geschäftsmann“ genannt, weil er vorher gesagt hat, daß er in einem ähnlichen Falle später immer wieder so handeln würde. Ich kann das nicht finden; denn wenn er auch geschwiegen hätte, die Bundesgewalt wird doch wohl so viel Kenntniß seiner Person und seiner Partei haben, daß sie ihr zutraut, daß sie in gewissen Fällen sich nur vom Patriotismus bestimmen lassen. (Gelächter links.) Auf: Sehr wahr! links, Redner anscheinend etwas erregt über diesen Auf: Sie rufen: Sehr wahr! und ich freue mich, daß es wahr ist, und auch das deutsche Volk hat Ursache, sich darüber zu freuen, daß für die Majorität des Reichstages in gewissen Fällen die der Patriotismus maßgebend ist. (Beifall rechts.) — Man hat nun ferner gesagt: „Weshalb sollen wir gerade entgegenkommen? Weshalb thun es nicht die Regierungen?“ — Ich sage darauf: Die Bundesgewalt hat mit dem Entgegenkommen den Anfang gemacht, dadurch, daß sie diesen Gesetzentwurf beigebracht hat. — Die Zweckmäßigkeit eines festen Marineplans, den der Abg. Löwe vermißt, bezweifle ich, da wir, gegenüber den Fortschritten der Technik mit einem solchen Plane leicht in die Gefahr kommen, entweder ihn bald wieder ändern zu müssen, oder mit der vielgerühmten Konsequenz verkehrte Dinge zu machen. Wenn man aber aus einem solchen Grunde gegen den Gesetzentwurf ist, so sage man es geradezu, und schiebe nicht andere Gründe vor. — Man hat uns nun gesagt: jetzt wäre die Zeit da, den Stier bei den Hörnern zu fassen, — ich bedauere, daß das verehrliche Mitglied für Medlenburg, welches Techniker in einer solchen Frage ist, durch seine Karlsbader Kur verhindert ist, an den Sitzungen Theil zu nehmen, meine aber auch, daß die Verhandlungen des Reichstages nichts weniger in der Welt sind, als Stiergeheiß. Gewiß, wir sind der Ueberzeugung, daß vor allen Dingen ein verantwortlicher Kriegsminister und Finanzminister in unseren Bund eingeführt werden müssen, und daß dies auch möglich ist; in diesem Augenblick aber läßt es sich doch sicher nicht machen, so der

Chef der Landesverwaltung durch Krankheit an der Leitung der Geschäfte verhindert ist. — In dem vorliegenden Gesetz ist übrigens das Prinzip der persönlichen Haftbarkeit der Beamten auf's Schärfste ausgesprochen, und ihre Verantwortlichkeit im civilen, wie kriminellen Wege, außer Zweifel gestellt. Und die bisherige Führung der Geschäfte von Seiten der preussischen Staatskommission bietet uns doch wohl auch genügende Garantie dafür, daß Dinge, wie sie in Oestreich vorgekommen sind, bei uns nicht möglich sind. Durch die Annahme dieses Gesetzes ist der Reichstag in einer viel besseren Lage der Regierung gegenüber, als das preussische Abgeordnetenhaus. Der Reichstag hat Decharge zu ertheilen; kann er sie nicht ertheilen, so kann er die Bewilligung von Steuern (Matrikularbeiträgen) verweigern, während dies nach der preussischen Verfassung nicht möglich ist, da dort „die bestehenden Steuern fortgehoben werden.“ Hier ist also die Verantwortlichkeit in Biffen ausgedrückt, und das ist die schwierigste Form der Verantwortlichkeit. In keinem andern der Norddeutschen Bundesstaaten existirt ein Staatsschuldengesetz das mehr Garantien bietet, als das vorliegende. Man führt nun noch allerlei andere Gründe gegen uns an. Was soll man aber z. B. von dem Manne sagen, der uns ein zweites Jena prophezeit und uns dabei rath, zu dem schweizerischen Willkürsystem? der uns empfiehlt, dem Feinde gegenüberzutreten in der paradiesischen Ausrüstung bloß mit dem Feigenblatte und der Friedensspise? (Beifall rechts, Unruhe und Widerspruch links.) Ich habe hiermit übrigens kein Mitglied und keine Partei dieses Hauses gemeint. — Daß wir auf dem richtigen Wege sind, in dieser Ueberzeugung werde ich noch bekräftigt durch die Haltung der Parteien, welche als ihr Ziel erklären die deutsche Einheit in Form der föderativen Republik, für deren Herstellung das einzige Hinderniß Preußen ist und die deshalb Preußen zertrümmert wissen wollen. Diese kühnen und helden auf Leben und Tod an, wenn wir diesem Gesetze zustimmen. Gerade diese negative Autorität wird für mich zur positiven, wenn ich auch auf die Drohung kein allgütiges Gewicht lege; denn es giebt Kinder, die gern mit Schwefelhölzern spielen möchten, aber sie haben keine. (Beifall rechts.)

Von drei Seiten wird der Schluß der Generaldebatte beantragt, derselbe wird angenommen.

Es folgt die Spezialdebatte; zunächst über §. 1 und das dazu gestellte Amendement v. Bernuth.

Abg. Dunder: Der Vorredner und seine Freunde stehen durchaus im Widerspruch zu ihrer früheren Haltung durch Worte und durch die That, wenn sie heute für das Gesetz stimmen. Daß sie sich über das Citiren ihrer früher gehaltenen Reden beschwerten, wundert mich nicht; denn das mag allerdings für Manche unbecquem sein. Die provisorische Willigung des Gesetzes bedeutet fast ganz dasselbe, wie ein Definitivum, denn das Gesetz soll gelten, bis ein definitives Gesetz in Kraft tritt; zu einem solchen, in unserem Sinne abgefaßten wird die Bundesgewalt aber erst recht nicht ihre Zustimmung geben, wenn wir jetzt nachgeben. Wir werden niemals wieder in eine so günstige Lage kommen, wie jetzt. — Wenn die Regierung das Geld wirklich braucht, wird und muß sie nachgeben; wenn sie eine solche Summe ersparen zu können vermeint, mag sie die Verantwortung dafür tragen. — Ich beklage es aufrichtig, daß ein großer Theil des Hauses, obgleich neulich gerade von jener Seite (auf die Nationalliberalen deutend) die Art und Weise des Vorgehens der Regierung in der Marinefrage ganz richtig bezeichnet worden ist als ein Mittel, um nur das Land irre zu führen, um den Schein zu erwecken, daß die Mitglieder des Hauses die Marine entwaffnen wollten, trotzdem daß die Regierung auf diesem Wege beharrt, seinerseits nicht auf seinem Widerstande beharrt, sondern seine früheren richtigen Prinzipien aufgiebt. — Bei der Beratung der Verfassung hat man uns, als wir unsere Grundzüge dabei verwirklichen wollten, immer gesagt: „die politische Lage ist gefährlich; das Verfassungswerk muß schnell zu Stande kommen; kommen Sie jetzt nicht mit allgemeinen Grundzügen; die Verfassung ist ja entwicklungsfähig; bei konkreten Fällen macht sich das viel besser.“ — Jetzt, wo nun ein solcher konkreter Fall vorliegt, kommt man uns mit ganz denselben Redensarten: „das Vaterland ist in Gefahr; der Patriotismus gebietet, den Streit bei Seite zu lassen.“, wo man dann nebenbei leicht den Sinn hervorblenden sieht: „Aber die Minorität ist unpatriotisch genug, nicht nachzugeben.“ Ich weise das Angehörige einer solchen Auffassung zurück. Der Patriotismus ist gleich auf beiden Seiten des Hauses, die Frage ist hier die, ob man sich von einem unbestimmten Gefühl des Patriotismus überall da leiten lassen soll, wo es gilt, klar und richtig zu denken und consequent zu handeln. — Der Vorredner hat gesagt: zur Sicherung des Friedens ist nothwendig die Herstellung einer starken Macht im Centrum von Europa; diese ist nur herzustellen durch das geeinigte Deutschland; und die Grundbedingung hierfür ist die Armee und Flotte. — Ich meine, das die Macht eines Staates der Neuzeit sich noch auf andere Dinge stützt, als auf Bayonette, als auf die Armee und die Flotte. Ich sollte meinen, daß es wohl an der Zeit ist, auch auf die andern Elemente, die die Machtstellung des Staatswesens bedingen, etwas Gewicht zu legen. — Ein wesentliches Moment zur Herstellung eines geeinigten Deutschlands ist aber, daß der Reichstag des Norddeutschen Bundes eine parlamentarische Vertretung mit wirklich parlamentarischen Rechten werde. Wenn wir aber nicht einmal im Stande sind, die ganz gebotene Forderung der Kontrolle der Staatsschulden von Bundeswegen festzustellen, sondern dabei immer wieder zurückfallen müssen auf das preussische Staatswesen und die preussischen Staatsbehörden, so werden wir wahrlich nicht dazu beitragen, den Anschluß des Südens zu befördern. (Beifall links.)

Abg. Miquel: Die heutige Debatte hat gezeigt, welche wesentlicher Unterschied zwischen meinen Freunden und der Fortschrittspartei besteht. Sie haben es ausgesprochen, daß selbst die größte Gefahr des Vaterlandes sie nicht veranlassen könne, den Kampf um die konstitutionellen Rechte aufzugeben, daß sie solche Situationen gerade benutzen wollen, um Konzeffionen von der Regierung zu erpressen; auch wir, die nationale Partei, wollen die konstitutionelle Entwicklung nach Kräften fördern, die Rechte des Volkes hochhalten; aber die Noth des Vaterlandes soll uns nicht als Mittel dazu dienen; wenn der Feind von außen droht, müssen die Parteien im Innern schweigen. (Beifall rechts.) — Ich selbst habe den Antrag auf Aufhebung des §. 17. seiner Zeit gestellt; werde heute aber doch für das vorliegende Gesetz stimmen. Die Fragen zwischen damals und heute sind aber auch ganz verschiedener Art. Es liegt heute ein Kompromiß vor; die Regierungen sind dem Reichstage entgegengekommen; schlagen wir in die dargebotene Hand ein. — Wir billigen durch unser heutiges Votum das Verhalten der Regierung in dieser Frage keineswegs. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß es nicht nothwendig war, die Flottenarbeiten einzustellen, am allerwenigsten da, wo es geschehen ist. Wir glauben auch heute noch, daß die Regierung damit nur eine Preffion auf uns ausüben wollte. Das Verhalten der offiziellen Presse, der Umstand, daß man trotz mehrfachen Bitten verweigerte, ein Kanonenboot an die ostpreussische Küste zu schicken, um die felle gegen die Räubereien englischer Fischer zu schützen (hört! hört!), und der Umstand, daß dasselbe später zwar hingesandt worden ist, aber die Kosten dafür, wie man sagt, aus einer andern Kasse bezahlt worden sind — bestätigen dies. Das heutige Verhalten der Regierung aber befundet entweder eine volle Ueberlegung, oder einen vollen Rückzug. (Gelächter links.) Die Regierungen erklären, daß sie keinen Druck mehr üben wollen durch Eistirung der Flottenarbeiten, sondern dem Reichstag einen Ausweg offeriren. Diesen Ausweg können wir acceptiren, ohne unsere konstitutionellen Grundzüge Preis zu geben. In der Politik gilt es nicht, einfach consequent zu sein, sondern vor allen Dingen patriotisch zu sein und das letzte Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Im konstitutionellen Leben ist man niemals ausgekommen ohne Provisorium. Die Hauptfrage, um die es sich handelt, wird und muß später zum Austrage kommen; wir wollen nur den wirklichen Nothstand der Flotte nicht dazu benutzen. Die Flotte soll nicht leiden unter dem Streit um ein organisches Gesetz, das über kurz oder lang doch zu Stande kommen muß. Acceptiren wir deshalb im Interesse der Flotte das uns vorgeschlagene Auskunftsmitel und schlagen wir in die uns von den Regierungen dargebotene Hand ein (Beifall rechts.)

Abg. v. Schweizer: Die Regierungen wollen Geld. Der Reichstag war der Ansicht, daß man dies Geld nicht geben könne ohne gewisse Garantien. Heute wird derselbe Vorschlag gemacht ohne Garantie, und Sie — wollen darauf eingehen. Ich konstatire daher im Interesse der Demokratie nur, daß eine solche Wendung unmöglich wäre, wenn diese Verammlung nicht bloß scheinbar, sondern in Wirklichkeit aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen wäre. Nur das Scheinbare allgemeine Wahlrecht konnte Mittelparteiern, wie die nationalliberalen, in dies Haus bringen. Nicht an unsren, an ihren eigenen Patriotismus sich zu wenden, haben die Regierungen Veranlassung.

Abg. v. Koon: Ich veranlaßt zu sprechen nicht der Staub, den die Gegner des Gesetzes aufgewirbelt haben. Ich will auch nicht darauf zurückkommen, daß es sich hier nicht darum handelt, ob Anleihe oder Matrikularbeiträge, ob ein Beschluß des Hauses gegenwärtig noch gilt oder von Neuem zur Diskussion steht; ob die Bundesgewalt in dieser Frage nachgegeben hat oder die Majorität des Reichstages. Ich will nur versuchen, von dem unparteiischen Standpunkt aus, auf dem ich mich in diesem Hause befinde, beiden Theilen, die

hier als einander entgegengesetzt gelegentlich auftreten, gleich nahe stehend eine Verständigung darüber herbeizuführen. Als mir der Beschluß vom 22. April d. J. im Auslande bekannt wurde, hat mich dieser Beschluß mich bedrängt, sondern die Konsequenz, die daraus gezogen wurde, das will ich mit voller Offenherzigkeit eingestehen. Ich bin aber weit davon entfernt, die Konsequenz daraus zu ziehen, die der Hr. Miquel gezogen hat, als sei die Zurückstellung aller weiteren Maßregeln für die Entwicklung der Marine bloß deswegen ins Werk gesetzt worden, um einen Schatt zu werfen auf die Majorität des Reichstages, um dem Lande zu sagen: seht, diese Partei hat die Entwicklung der Marine gehindert! Das befreite ich als thatsächlich falsch, daran ist kein wahres Wort, so oft die Zeitungen das auch versichert haben. Ich muß kraft der amtlichen Autorität, die mir beizohnt, hier als Reichstags-Abgeordneter sprechen über Mißverständnisse, die vermieden werden müssen. Meine Herren, wir sind nicht dazu hier, um uns mißzuverstehen, sondern uns zu verständigen. Ich kann also nur raten, dergleichen Insinuationen der Tagespresse mit mehr Vorsicht aufzunehmen, als bisher zu geschehen pflegte. Abg. Miquel meinte, es gäbe in Preußen eine namhafte — vielleicht sagte er auch mächtige Partei — welche der Entwicklung der Marine mit großer Gleichgültigkeit, ja feindseligkeit gegenüberstehe, wenigstens insoweit, als dadurch die Fortentwicklung unserer Landmacht beeinträchtigt werde. Ich bin gegenwärtig im 9. Jahre der Verwaltung derjenigen Mittel, durch welche unsere Landmacht erhalten und zum Gluck des Landes weiter entwickelt ist. Es sind 6 Jahre und mehr, daß ich an der Spitze der Marineverwaltung stehe. Ich habe während dieser Zeit die gleichen Anstrengungen gemacht, das eine Institut zu fördern, wie das andere. Ich habe alle Rekrutierungen; ich vermeide dieselben um so mehr, weil ich sie gar nicht nöthig habe; Sie kennen Alle die Ursachen, warum es der Marine bisher an den nöthigen Mitteln fehlte; ich habe während dieses Zeitraums viele Versuche gesehen, ihr auch auf außeramtlichem Wege zu Hülfe zu kommen. Das Resultat war aber ein sehr geringes. Ich habe jedoch niemals wahrgenommen, daß es eine Partei im Lande giebt, welche der Marine feindselig, nicht oder auch nur gleichgültig gegen sie wäre. Wenn die Herren in dieser Beziehung andere Wahrnehmungen gemacht haben, so möchte ich ihnen doch ins Gewissen schreiben, einmal bei sich selbst zu Rathe zu gehen, woher diese Wahrnehmungen stammen. Sind sie denn nicht auch aus gewissen Parteinsinuationen entstanden bloß um eine feindselige politische Partei herabzusetzen? Fern sei es von mir, zu behaupten, daß innerhalb der Regierung, so weit ihre Kreise mir zugänglich sind, der Verdacht aufgefunden wäre, Sie hätten durch das Votum vom 22. April die Marine schädigen wollen, das ist ebensowenig Jemandem eingefallen. Augenblicklich handelt es sich nur darum, ob ein lediglich für diesen Zweck von den Regierungen gemachter Vorschlag, welcher die Nachtheile des Votums vom 22. April auszugleichen befreit ist, von Ihnen angenommen werden soll oder nicht. Wenn das so ist, so können die Parteien, welche sich mit ihrer Vorliebe für die Marine gebrüht haben, gar nicht anders, sie müssen für dies Auskunftsmitel stimmen, das die Bundesgewalt dem Reichstage entgegenbringt: Die Frage ist nämlich, ob der Bundesrath oder der Reichstag hier eine Konzeffion macht. Es giebt Lagen im politischen Leben, wo es die Klugheit gebietet, Konzeffionen zu machen, und wo sie vorthelhaft sind; es handelt sich hier aber um gar keine Konzeffion. Wenn das Auskunftsmitel, das dem Schaden abhelfen soll, von Ihnen angenommen wird, so thun Sie in der That nur etwas, was dem Lande nützlich ist und alle übrigen Bedenken sind so vollkommen gleichgültig, daß man davon gar nicht sprechen soll. In diesem Auskunftsmitel haben die Regierungen eben das Gezielte gefunden, um etwas zu verhüten, was Keiner wollte, weder die Regierungen, noch der Reichstag, was zu gleicher Zeit dem Prinzipienstreit ein vorläufiges Ende macht. Es ist von den Regierungen so korrekt gehandelt worden, wie gehandelt werden mußte. Die Vorwürfe, die in der Beziehung erhoben sind, muß ich in meiner Stellung als verantwortlicher Leiter der Marineverwaltung entschieden zurückweisen. Es konnte nicht anders verfahren werden. Was wir nicht haben, können wir nicht bezahlen. Es gab nur zwei Auswege, zu revidiren oder Staatsüberreitungen zu machen. Meine Herren, in dem jungen Staatsleben des Norddeutschen Bundes ist das Eventement bisher noch gar nicht vorgekommen. Sollte die Marineverwaltung den Vorgang machen? Dazu war keine Veranlassung. Sollten wir unseren kontraktlichen Verpflichtungen nicht genügen? Wir mußten das. Es mußte daher manches auch nothwendige Bedürfnis ungedeckt bleiben, um das Nothwendigste zu befriedigen. Von diesem Gesichtspunkte allein bitte ich Sie, die geschehenen Reduktionen aufzufassen. Abg. Frhr. v. Moltke: Ich habe nur ein Mißverständnis des Herrn Abg. Dunder zu berichtigen und hoffe mich dabei ebensowenig vom Artikel 1 des Gesetzes zu entfernen, als es die Herren Vorredner gethan haben (Geisterkeit). Ich habe nicht gesagt, wir bräuchten ein einziges Deutschland, um ein großes Heer und eine große Flotte zu haben, sondern umgekehrt, daß wir Heer und Flotte brauchen, um zu einer Einigung zu gelangen, die, dann hoffentlich einmal eine Herabsetzung dieser großen Ausgaben für militärische Bedürfnisse möglich machen würde.“ (Bewegung.)

Abg. Miquel wendet sich gegen mehrere Mißverständnisse des Abg. von Koon, wird jedoch vom Präsidenten als nicht zum §. 1. sprechend unterbrochen. Die Diskussion über §. 1. ist geschlossen. Vor der namentlichen Abstimmung über denselben wird das Amendement v. Bernuth mit großer Majorität (dagegen die Rechte) angenommen, welches den Schlußsatz: Die Hauptverwaltung der Staatsschulden ist dafür verantwortlich, daß eine Konvertirung u. s. w., wie folgt, faßt: „Die im §. 6 des vorgenannten Gesetzes (nämlich des preussischen vom 24. Februar 1850) ausgesprochene unbedingte Verantwortlichkeit der Hauptverwaltung der Staatsschulden erstreckt sich auch darauf, daß eine Konvertirung u. s. w.“

Der so amendirte §. 1. der Vorlage wird in namentlicher Abstimmung mit 151 gegen 41 Stimmen der Fortschrittspartei, der äußersten Linken und einzelner Mitglieder der liberalen Fraktionen angenommen. (Mit Nein stimmen Ausfeld, Dr. Becker, Bod., v. Bodum-Dolffs, Bödel, Deuz, Dunder, Fries, Fühling, Hagen, Harfort, Heubner, v. Hilgers, v. Hoyer, Kanauf, v. Kirchmann, v. Kleinforjen, Kraus, Kreuz, v. Loos, Lohme, Lorenzen, zur Negebe, Neullenberg, Dr. Müller (Lauban), v. Münchhausen, Neubronner, Pauli, v. Proff, Jentch, Reineide, Richter, Riedel, Bof, Runge, Schleiden, Schulze, v. Schweizer, Waldeck, beide Wiggers, Ziegler, Zürnthalen.)

Demgemäß wird §. 2. in der von v. Bernuth empfohlenen Redaction genehmigt und ebenso der Rest der Vorlage, nachdem folgende zwei Anträge des Abg. Reinde abgelehnt sind:

1) Zu §. 2 wird hinzugefügt: Insbesondere hat der Bundeskanzler auch diejenige Verantwortlichkeit zu übernehmen, welche in dem angezogenen §. 6. dem Finanzminister auferlegt ist. 2) Als §. 3 wird folgender neue Paragraph eingefügt: Die nach den vorstehenden §§. 1. und 2. herzuliehenden Vertretungen-Ansprüche können sowohl vom Reichstage, als auch vom Bundesrath gegen die betreffenden verantwortlichen Beamten verfolgt werden. Der Reichstag kann nöthigenfalls mit der gerichtlichen Geltendmachung die von ihm gewählten Mitglieder der Bundesschulden-Kommission beauftragen. Als Gerichtshof fungirt bis zum Erlaß eines definitiven Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Beamten des Norddeutschen Bundes das in Artikel 75. der Verfassung genannte gemeinschaftliche Oberappellations-Gericht der drei freien und Hansestädte in Lübeck.

Nach diesem ersten Beschluß, den die definitive Genehmigung unweifelhaft folgen wird, kündigt Präsident Delbrück, auf die Basis Voraussetzung gestützt, die Verringerung an, welche die nummehr bevorstehende Eftretirung der Marine-Anleihe auf den Marine-Etat des Bundeshaushaltes pro 1869 ausüben wird. Das Ordinarium desselben wird auf 2,636,405 Thaler erhöht, das Extraordinarium zunächst von 3,100,000 auf 2,332,574 Thlr. vermindert, so daß im Ganzen aus laufenden Einnahmen, 4,968,979 Thlr. zur Verwendng kommen. Dagegen sollen nach §. 9. des Anleihegesetzes im Extraordinarium aus der Anleihe 3,648,624 Thlr. zur Verwendung kommen, so daß das gesammte Extraordinarium 5,981,480 Thlr. betragen würde, außerdem noch 1,500,000 Thlr. aus der Anleihe für die Küstenverteidigung. Weitere Konsequenzen der Emission der Anleihe werden sein 1) Ausmerfung von 277,875 Thlr. zu ihrer Verzinsung nämlich 4 1/2 Prozent für die 3,600,000 Thlr., die aus der Anleihe pro 1868 zur Verwendung kommen, und für die Hälfte der etwa 5 Millionen, die 1869 konsumirt werden sollen. Der Kurs von 4 1/2 Prozent wird dabei nur annahmeweise zu Grunde gelegt, da über Zinsfuß und Kurs noch nicht feftsteht (Bewegung in den Gruppen und den Abg. v. Rothschild). 2) Um diese Zinsen zu bestreiten, müssen die Matrikularbeiträge erhöht und folglich umgerechnet werden. 3) Der Beitrag Koburg-Gotha zu den Militärlieferungen würde sich in Folge dessen verhältnismäßig vermindern, und zwar um 1865 Thaler.

Die entsprechenden Vorlagen als selbstständige Spezialakts oder Amendirung der bereits ausgetheilten befinden sich bereits in den Händen des Präsidenten, der Herrn Delbrück um das Konzept seines Vortrages bittet, der gedruckt werden soll. Die Vorberathung des Etats kann nummehr fortgesetzt werden.

Das Haus ist in hohem Grade ermüdet, die Hitze im Saal kaum erträglich. Die L. D. wird gleichwohl fortgesetzt. Der Postvertrag mit Belgien wird ohne Diskussion genehmigt. Endlich die Anträge zur Geschäftsordnung.

1) Graf Münster: das Mandat jedes Mitgliedes für erloschen zu erklären, das ohne Urlaub während 10 auf einander folgenden Sitzungen fehle.

2) Reinde: ein beschlussfähiges Haus soll auch nicht debattieren.

Ref. Garnier beantragt die Ablehnung des Münsterschen Antrages.

Abg. Braun (Wiesbaden) für den Antrag. Energetische Mittel seien anzuwenden, um die Beschlussfähigkeit des Hauses zu erhalten. Man komme über die Thatsache der Nichtbeschlussfähigkeit nicht dadurch hinweg, dass man denjenigen, der etwa Auszahlung des Hauses beantrage mit geschloffenen Augen ansehe, denn über diesem Hause sitze noch ein anderes höheres, wenigstens höher sitzbares Haus (auf die Journalistenbühne deutend), das Niemand hindere, sobald es wolle die Auszahlung vorzunehmen und etwaige Nicht-Beschlussfähigkeit durch die Presse zu konstatieren.

Nachdem dem Abg. Schleiden den Antrag bekämpft, wird er zurückgezogen unter dem Vorbehalt, ihn bei Gelegenheit wieder einzubringen.

Abg. Garnier referirt auch über den Antrag Reinde, wobei er sich lediglich darauf bezieht, dass der Wortlaut der Verfassung nur von „Beschlussfähigkeit“ spricht, und dass ein praktisches Bedürfnis zur Annahme des Reinde'schen Antrages nicht vorhanden sei.

Abg. v. Hoyerbed ist zwar mit diesen Gründen nicht einverstanden, hält aber einen Beschluss des Hauses in dieser Frage nicht für notwendig und ist darum gegen den Reinde'schen Antrag.

Der Antrag Reinde, von ihm selbst lebhaft verteidigt, wird mit sehr großer Majorität abgelehnt.

Schluss 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. (Tagesordnung: Quartierleistung, Reichsverhältnisse der Bundesbeamten, Spielbanten, Antrag Wiggers betreffend das religiöse Bekenntnis.) Der Präsident wird das Haus morgen fragen, ob diese Woche hindurch nicht Abendkathedralen abgehalten werden sollen (große Unruhe) und unter dem Eindruck dieser Ankündigung trennt sich die Versammlung. (+ 26 Grad R.)

Parlamentarische Nachrichten.

Auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen wird die Schlussberatung über den Antrag des Abg. Wiggers (Berlin), den Bundeskanzler aufzufordern, den in der 27. Sitzung des Reichstages am 23. October 1867 mit großer Majorität gefassten Beschluss: „dass in dieser Session des Reichstages ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, durch welchen alle noch bestehenden, aus den Verhältnissen des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte aufgehoben werden“, in Ausführung zu bringen, gesetzt werden. Der Referent Abg. Dr. Endemann beantragt, der Reichstag wolle den Bundeskanzler auffordern, „dass in Ausführung des am 23. October vorigen Jahres gefassten Beschlusses des Reichstages baldigst ein Gesetz vorgelegt werde, welches alle noch bestehenden aus der Verchiedenheit des religiösen Glaubensbekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte aufhebe, insbesondere 1) die Verbote und Beschränkungen der Eheschließungen zwischen Christen und Israeliten, sowie die auf dem israelitischen Glaubensbekenntnis des einen Theils beruhenden Beschränkungen der ehelichen Rechte beseitigt, 2) für alle Eheschließungen der Israeliten eine der Gleichberechtigung entsprechende Form einführt, 3) die volle Gleichberechtigung der Israeliten zur Heiratnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung, sowie zur Bekleidung öffentlicher, Gemeinde- und Staatsämter im Gebiete des Norddeutschen Bundes ausdrücklich anerkennt.“

Die zur Zeit der letzten Leipziger Messe angeragte Petition, betreffend den Papiergeld-Umlauf, ist in diesen Tagen beim Bureau des Reichstages eingereicht und vom Präsidenten sofort an die Petitionskommission abgegeben worden. Es ist möglich, dass sie trotz der muthmaßlich nur kurzen Dauer des Reichstages doch noch zum Vortrage im Hause kommen wird.

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 16. Juni 1868. Morgen beginnt hier selbst, unter dem Vorsitze des Hrn. Kreisgerichtsraths Thiel die außerordentliche Sitzung des Schwurgerichts, welches zur Entscheidung über zwei Kriminalfälle zusammentritt, die gewiß über die Grenzen der Provinz hinaus Aufsehen erregen und Besprechung in den öffentlichen Blättern finden werden.

Vor seinen Richtern erscheint zuerst der ehemalige Wlan Hochberger, des Mordes der Gastwirth Adamczewski'schen Eheleute zu Begrabe und zweier Kinder derselben angeklagt. Zur Verhandlung der Sache sind die Tage vom 17. bis incl. 20. d. Mts. bestimmt. Die Vertheidigung des Angeklagten wird Herr Rechtsanwalt Mehring führen.

Montag, den 22. beginnen sodann die Verhandlungen in der Sache gegen den des Giftmordes an vier Frauen und zwei Kindern angeklagten Buchbinder Wittmann von hier.

Es dies ein Monstre-Prozess in des Wortes reellster Bedeutung. 56 Belastungszeugen sind geladen, darunter mehrere Aerzte, Apotheker und — auf Antrag der Vertheidigung, welche der Rechtsanwalt Doehorn übernommen, — der im Reiche der Chemie zur Zeit als König herrschende Dr. Sonnenstein aus Berlin nebst einem seiner höheren Würdenträger, unserem geschätzten Mitbürger Dr. Krug. Die Staatsanwaltschaft sorgt unermüdet, dass es an Nichts fehle, um in dieser Session die Sache zu Ende zu bringen. So werden z. B. zu dem Verhandlungstermin von jedem Grabe der Wittmann'schen Frauen und Kinder Quantitäten Erde zur Stelle geschafft und einer chemischen Untersuchung unterworfen werden, um festzustellen, ob dieselben arsenithaltig sind und dadurch die Möglichkeit vorhanden sein könnte, dass die in den Leichen gefundenen Spuren von Arsenik durch Amibition aus jener Erde in dieselben gelangt sein. Die Staatsanwaltschaft, welche eine solche Möglichkeit bestrittet, will einer etwa dahin gehenden Behauptung der Vertheidigung durch das eingeschlagene Verfahren sofort entgegenreten.

Wenn nun andererseits von der Vertheidigung, wie wir anzunehmen berechtigt, Alles aufgegeben werden wird, um auch den kleinsten Umstand, der zu Gunsten des Angeschuldigten zu sprechen vermag, hervorzuheben und geltend zu machen, so läßt sich erwarten, daß beim Schluss der Verhandlungen nicht der geringste Zweifel an der Schuld oder Nichtschuld des wie immer von der vox populi bereits gerichteten Angeklagten vorhanden sein wird.

So weit es irgend möglich sein wird, werden wir unseren Lesern vom Gange der Verhandlungen täglich ausführliche Nachrichten geben.

Die gestrige außerordentliche Generalversammlung des Vorschuss-Vereins wurde, nachdem die Versammlung dem Kaufmann Herrn Malade den Vorsitz übertragen, vom Vorsitzenden des Ausschusses, Böttchermeister Herrn E. F. Moegelin, mit einer durch keine Facta belegten Anklage gegen den Direktor des Vereins, Herrn Dr. Sochmus, eröffnet. Die Anklage basiert auf dem bekannten, vom jüngsten Verbandtage gegen den nicht anwesenden Verbanddirektor beschlossenen Misstrauens-Votum, wirft dem Direktor Laubert und Käffigkeit im Amte vor und beantragt schließlich bei der Versammlung die Bestätigung der vom Ausschuss angeordneten Suspendirung ev. Amtsenthebung des Direktors. Herr Dr. Sochmus hält dieser Anklage gegen die er sich nicht vertheidigen wolle, entgegen, daß sie nur Vermuthungen, Meinungen und Behauptungen enthalte, die

durch keine einzige Thatsache begründet seien; er verweist auf die Vereinsakten, die über seine Thätigkeit im Verein volle Auskunft geben, die der Ausschuss aber vorzulegen gar nicht der Mühe werth gehalten. Wenn der Ausschuss sich zum Organ des Verbandtages mache, so überschreite er seine Kompetenz und sein Recht, ganz abgesehen davon, daß die Verhandlungen des Verbandtages, der seinen Direktor, ohne ihn gehört zu haben, verurtheilt, formell ungültig seien, da eine Person, die gar nicht Mitglied eines Vorschussvereins war, an der Konferenz theilnahm. Für den Verbandtag seien die Angelegenheiten, welche vorbereitet werden mußten und konnten, auch vorbereitet worden. Sache des Ausschusses sei es aber gewesen, dem Direktor für alle Fälle einen Stellvertreter zu geben; das sei verabsäumt worden, obgleich dazu drei Monate Zeit waren. Das Misstrauens-Votum treffe daher nicht den Direktor, sondern den Ausschuss. Den Direktor aber auf Grund des vom Verbandtage beschlossenen Misstrauensvotums zu verurtheilen, sei unlogisch, und das ganze Verfahren unerhörte, wenn man bedenke, daß jeder Amtsenthebung doch wirklich gefährliche, das Interesse des Vereins schädigende Thatsachen vorangehen müssen, wie es der Sinn des § 23 des Statuts sei. Der Ausschuss habe mit der Suspendirung des Direktors die Geschäfte des Vereins suspendirt, und das sei gefährlich, ja unstatthaft, er hätte wenigstens sogleich einen Stellvertreter wählen und Anzeige beim Handelsrichter machen müssen, was nicht geschehen. Die Versammlung möge deshalb entscheiden, ob der Ausschuss im Rechte sei.

Herr Nitykowski wendet sich gleichfalls gegen den Ausschuss dessen Handlungsweise man mit dem gelindesten Ausdruck doch übereilt nennen müsse. Ehe man gegen einen Mann, der in Stadt und Provinz Posen und drüber hinaus hochgeachtet dastehet, mit einer Anklage und Verurtheilung vorging, hätte man sich doch nach Beweisen umsehen sollen; so aber werde die unbegründete Anklage zur Verleumdung und beweise nur, daß der Ausschuss seine Macht nicht kenne und mit den Interessen des Vereins, sowie mit der Ehre eines Mannes in gefährlich larer Weise spiele. Gegenüber dem klaren Wortlaut des Statuts lasse die Handlungsweise des Ausschusses nur zweierlei Schlüsse zu: entweder verstoße der Ausschuss den Sinn des Statuts nicht, oder er habe absichtlich gefehlt. Er beantrage: Die Versammlung wolle beschließen, daß, weil der Ausschuss den Direktor des Vereins, Herrn Dr. Sochmus, auf ganz ungerechtfertigte Weise ohne jede Untersuchung suspendirt hat, der Direktor von der Versammlung wieder in sein Amt eingesetzt, dem Ausschuss, der übereilt gehandelt, ein Misstrauensvotum ertheilt werde.

Herr Dr. Sochmus erklärt, daß es ihm genug sei, wenn der erste Theil des Antrages von der Versammlung zum Beschluß erhoben werde, und wünscht die Zurückziehung des Schlusses. Nachdem auch mehrere andere Mitglieder in diesem versöhnlichen Sinne, Niemand aber zur Unterstützung der Anklage gesprochen, formulirt Herr Nitykowski seinen Antrag dahin:

„Die Generalversammlung beschließt: Der Ausschuss hat den Direktor des Vereins, Herrn Dr. Sochmus, ohne genügenden Grund von seinem Amte suspendirt; die heutige Generalversammlung setzt daher Hrn. Dr. Sochmus wieder in sein Amt ein.“

Dieser Antrag wird von der Versammlung gegen wenige Stimmen angenommen.

Zum Schlusse giebt Herr Dr. Sochmus die Erklärung: Er werde den Vorsitz vorläufig weiterführen, um den Verein nicht in Verlegenheit zu bringen; es sei aber sein unwiderrücklicher Entschluß, das Amt des Direktors in der nächsten Generalversammlung niederzulegen.

Am gestrigen Tage Vormittags 10 Uhr hat in der hiesigen Mariakirche die feierliche Vermählung des Fräuleins Elisabeth Dzierzyk v. Morawski, Tochter des königlichen Kammerherrn Herrn Dzierzyk v. Chomencica, v. Morawski aus Lubonia, mit dem Herrn Witold v. Lubinski aus Jablon stattgefunden. Der kirchliche Segen ist in Gegenwart einer zahlreichen Familienversammlung der beiderseitigen Anverwandten durch den Herrn Erzbischof Grafen Ledochowski ertheilt worden. Das darauf folgende Dejeuner fand in Nylius Hotel statt.

Ein auf dem alten Markt wohnender Arbeitsmann, der seine Ehefrau schon öfter mißhandelt, hat derselben in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend, wie man sagt im Kaufsack, so schwere Verwundungen mittelst ein Messers beigebracht, daß sie ins städtische Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Unmensch ist verhaftet.

A. Aus dem Fraustädter Kreise, 14. Juni. [Einführung des Pfarrers Ueberfeld in Schlichtingsheim; Mangel an Wochenmärkten.] Das freundlich gelegene, von benachbarte Städtchen Schlichtingsheim hatte am 14. d. Mts. ein besonderes Fest zu feiern. Seit längerer Zeit war die Stelle des zweiten Predigers daselbst nicht definitiv besetzt, sondern wurde interimistisch von dem Predigtamtskandidaten Ueberfeld verwaltet, der von der dafigen Bürgerschaft mit großer Stimmenmehrheit zum zweiten Pfarrern erwählt und am 14. d. M. von dem Herrn Superintendenten Grabig aus Wissa, unter Assistenz der Prediger Schulte aus Schlichtingsheim und Wende aus Goposdorf in sein neues Amt eingeführt wurde. Zu diesem Zweck war die Kirche mit Blumenguirlanden geschmückt und die aus 5000 Mitgliedern bestehende dasige Gemeinde hatte sich zu dieser Feier so zahlreich eingefunden, daß die ziemlich große Kirche kaum alle Zuhörer fassen konnte. Herr Superintendent Grabig hielt eine an den neuen Pfarrer gerichtete Rede, voll Würde und Kraft, die einen tiefen Eindruck auf die Zuhörer machte und gewiß auch auf den, an den sie gerichtet war; denn, nachdem die bei jeder Einführung ins Amt üblichen Ceremonien und Ueberreichung des Bestallungspatentes vorüber waren, bestieg der neue Prediger die Kanzel und wandte sich mit einer Ansprache an seine Gemeinde, die seiner mächtig bewegten Seele entsprang und die der Gemeinde einen tiefen Einblick in das erschütterte Gemüth ihres neuen Seelsorgers gewährte. Wenn die Gemeinde bisher mit den Leistungen des Herrn Ueberfeld zufrieden war, so wird die Antrittsrede des neuen Predigers ihm gewiß die Herzen seiner Gemeinde zugewendet haben; denn in ihr entfalteten sich die edelsten Blüthen des Menschengeistes: Bescheidenheit, echt christliche Milde, ein aufklärter Geist und streng logisches Denken. Wenn der Vortrag durch die nicht zu bekämpfende Kürzung des Sprechenden dem Zuhörer unwillkürlich in dieselbe Stimmung versetzte und so das Herz befriedigte, so wirkte die strenge Beobachtung der Regeln der Rhetorik und der schwingvolle Vortrag des Redners ebenso befriedigend auf den Verstand ein, so daß sich die Gemeinde zu Schlichtingsheim zu der Acquisition ihres neuen Pfarrers Glück wünschen darf. Anerkennenswerth waren noch die Leistungen des Sängerkhors; die gut eingetübte Kirchenmusik bei der Liturgie machte einen die Feier des Tages erhöhenden, angenehmen Eindruck.

So sehr sich in dem Städtchen Schlichtingsheim ein reger Sinn für religiöse Angelegenheiten offenbart, so wenig Sinn zeigt die dortige Einwohnerschaft für industrielle und merkantile Angelegenheiten. Selten hat wohl ein kleiner Ort so wenig Verkehr und zeigt so wenig reges, äußeres Leben, wie dieses Städtchen. Regt nicht ein Schützenfest, ein Jahrmarkt oder irgend ein religiöses Fest die dasige Einwohnerschaft zu etwas lauterem Leben auf, so zeigt sie das Bild vollendeter Ruhe und patriarchalischen Stilllebens. Nicht einmal Wochenmärkte existiren in dieser Stadt, wo es den sorgsam Hausfrauen gestattete wäre, einen prüfenden Blick in die Butterdöpfe der Verkäufer zu werfen und mit wägender Hand die Größe und Frische der Eier zu unterfuchen. In die Versuchung, ihr Wirtschaftsgeld auf Wochenmärkten anzubringen, gerathen die ehrbaren Hausfrauen dort gar nicht einmal. Nun,

wird Mancher denken, so werden sie ihr Geld behalten und ihre Männer durch überraschende Ersparnisse beglücken; doch dem ist nicht so. Ich habe die Klagen jener Hausfrauen gehört und begründet gefunden; denn zur Erhaltung ihres Lebens und zur Anschaffung der notwendigen Lebensmittel sind sie gezwungen, dieselben bei den dasigen Händlern für einen enorm hohen Preis zu kaufen, der bei weitem höher ist, als der in der benachbarten Stadt Glogau übliche, und so kommt es denn, daß auf diese Weise die Händler und Verkäufer die Preise willkürlich in die Höhe schrauben, daß sie den in Berlin nichts nachgeben.

Seit Kurzem hat die Stadt Schlichtingsheim einen neuen Bürgermeister erhalten, dem ein weites Feld zu nützlichen Einrichtungen für das allgemeine Wohl eröffnet ist. Möge er seine neue Thätigkeit mit der Beanttragung und Einführung von Wochenmärkten beginnen, so kann er überzeugt sein, daß seine einstige Wiederwahl gesichert ist, denn alle von Dankbarkeit erfüllten Hausfrauen würden dann bei ihren Männern Propaganda machen und auf die Verlängerung seines Weibens hinwirken.

G. Sulzce, 13. Juni. Ein trauriger Fall jugendlicher Verirrung hat die Einwohner unseres ruffischen Grenzollonies in Aufregung versetzt. Auf der hiesigen Volkammer wurde vor Kurzem Geld gestohlen, und da man den Diebstahl nicht ermitteln konnte, fiel der Verdacht auf den Nachtwächter. Obgleich kein dringender Beweis vorlag, so wurde doch nach ruffischer Weise der Nachtwächter sogleich eingesperrt, und man folgte in bekannter Logik: der Beweis wird sich schon finden. Allein als derselbe, trotz der Verheuerungen seiner Unschuld, schon 4 Tage im Gefängnis lag, wechselte der Sohn eines hiesigen Beamten, dessen Namen aus Rücksicht für das Unglück der armen Eltern, hier ungenannt bleiben möge, bei einem Kaufmann in unserer Stadt Papiergeld, das sofort als das auf der Volkammer gestohlene erkannt wurde. Er wurde sogleich verhaftet und nach Ralsch gebracht, und hat bereits ein reumüthiges, vollständiges Geständnis abgelegt. Gelegenheit zum Stehlen hatte er dadurch, daß er als Schreiber auf der Volkammer arbeitete und die Kassalitäten genau kannte. Als Motiv zu seiner That gab er an, daß er seiner Schwester zu deren baldige Hochzeit ein recht hübsches Hochzeitsgeschenk machen wollte. Wahrlich, er hat ihr aus Bruderliebe oder vielmehr aus jugendlichem Beichtsinne die Ehre seines Namens geopfert und wird jetzt die ganze Strenge des Gesetzes zu gewärtigen haben.

r. Kollstein, 15. Juni. [Feuer; Verurtheilung.] Am vergangenen Sonntag brach auf dem Hofe des Eigenthümers Wilhelm Kärmchen in Silz-Pauland, im hiesigen Kreise, Feuer aus und in kurzer Zeit schon wurden, trotz der sofort herbeigeleiteten Spritzen und Löschmannschaften aus den umliegenden Ortsgaststätten, das Wohnhaus, ein Viehstall und eine Scheune ein Raub der Flammen. Leider ist hierbei auch ein Menschenleben zu beklagen. Die Schwiegermutter des K., die im Hause als Ausgebirgerin lebte und mitunter an Gelfeschwäche litt, Frau Biermagen, fand nämlich in den Flammen ihren Tod. Man vermutet, daß das Feuer durch eine Unvorsichtigkeit der verunglückten alten Frau entstanden sei. Beim Löschen des Feuers zeichnete sich namentlich der Schulz aus Silz Dorf Werner, der als Löschkommissarius fungirte, aus. Seinen umsichtigen Anordnungen und Bemühungen ist es vorzugsweise zu verdanken, daß das Feuer nicht weiter um sich gegriffen. — Am 17. Januar c. wurde bei Gelegenheit der Hochzeitsfeier eines Maurergesellen ein circa 23 Jahr alter Mensch von hier, der etwas gestischwach ist und dem Hochzeitschmause als Zuschauer beimohte, von verschiedenen Hochzeitsgästen, um Scherz mit ihm zu treiben, maßlos mit Spirituosen regalirt, und als er angetrunken war, namentlich von der Wittve K. mit Ruß vollständig eingeschwärzt und alsdann aus dem Hochzeitschmause gewiesen. In diesem jämmerlichen Zustande wurde er von einigen Personen in das Haus seiner Eltern gebracht. Diese verfehlten nicht, der Polizei von diesem groben Unfuge Anzeige zu machen und die Wittve K. wurde in eine Polizeistrafe von 10 Sgr. genommen. Die K. erhob jedoch Widerspruch gegen die Polizeistrafe und trug auf richterliche Entscheidung an. Am 9. d. M. fand in dieser Sache Termin vor dem Polizeirichter an, und derselbe erkannte nach dem Antrage der Polizeianwaltschaft auf eine Geldstrafe von 5 Thlrn. event. 3 Tage Gefängnis. Diese Verurtheilung dürfte dazu beitragen, daß dieser ohnedies unglückliche Mensch in Zukunft vor ähnlichen ebenso leichtfertigen als gewissenlosen Ungehörigkeiten verschont bleiben wird.

Landwirthschaftliches.

Die Zucht von Fleischschafen. Von den durch den Generalsekretär des Westpr. landwirthschaftlichen Hauptvereins, Hrn. Martiny, zur Bromberger Ausstellung gebrachten Original-Southdowns wurde ein Bod zu 190, zwei zu 180, einer zu 145 und fünf zu 140 Thlr. verkauft, während allerdings das beste Thier zu 225 Thlr. noch keinen Abnehmer fand und, wenn mir recht berichtet sind, auch bis heute noch nicht gefunden hat. Fünf Mutterschafe wurde das Stück mit 58 und fünf andere mit je 47 1/2 Thlr. bezahlt. Auch die gleichzeitig mitgenommenen originalenglischen Schweine fanden Beifall, drei davon, darunter die mit dem ersten Preise gekrönten zwei Suffolks, erwarb der Poppoter landwirthschaftliche Verein.

An die Imker.

Meine Pfingstreise führte mich dieses Jahr nach Posen über Neustadt, Pinne und Samter. Ich habe zum ersten Male Gelegenheit gehabt, die dortigen Bienen, wenn auch nur flüchtig zu besichtigen. Welch ein Unterschied stellte sich mir aber vor Augen zwischen hier und dort. Während wir um Bomst zum größten Theile nur Sandfelder haben, die brachliegend kaum Wolfsmilch, Sauerampfer und Farnkraut hervorbringen, prangen dort die Acker, trotz der diesjährigen Trockenheit, voll des schönsten Getreides. Ganze Schläge Wintertraps neigten schon ihre Trauben zur Erde und der weiße Klee, gemendeweiß, bedeckte die Felder, ringsum seinen Honiggeruch verbreitend. Was für herrliche Segenden sind das für die Bienenzucht, und doch ist sie dort noch so wenig verbreitet. Ich sah zwar hier und dort eine Reihe Strohförbe stehen, doch keine von neuerer Konstruktion, d. h. mit beweglichen Waben; die armen Leute besitzen eben keine. Wie wäre es denn, dachte ich bei mir, wenn die Lehrer sich der Sache annehmen, Lust zur Bienenzucht bei den Leuten erwecken und sie dabei mit Rath und That unterstützen? Des Lehrers Beruf ist es ja hauptsächlich, eines jeden in seinem Kreise, Träger der Zukunft zu sein. Möchte es in der Zukunft also auch mit der Bienenzucht bei uns besser werden, so möchten doch dafür auch zunächst die Lehrer wirken.

Auf das „Eingefandt“ des Kaufmann Krause in Kurnit Nr. 131 dieser Zeitung aber bemerke ich, daß auch ich vor 13 Jahren nach seiner Art Bienen abtrocknete. Ich bin aber schon seit Jahren davon abgekommen, indem unsere Gegend, wie oben angedeutet, honigarm ist und ich nicht vorwärts kommen konnte. Wie aber Herr Krause zu der Einführung gekommen, daß, während ich zweimal die Bienen betrug, er sie einmal betrügt, kann ich nicht begreifen. Herr Krause ändert durch seine Art Abtrocknens die Sache gar nicht. Er betrugt seine Bienen einmal, aber auch zweifach, d. h. um ihre alte Wohnung und um ihren Vorrath und das noch auf gewaltsame Weise. Endlich macht Herr Krause aus einem Stöck zwei, ich mache aber aus zwei nur drei und das ist doch wohl handgreiflich, daß ich da die Stöcke nicht so abschwäche, wie er.

Bomst, am 14. Juni 1868. Friedrich Strzelcsoa, Lehrer.

Bermischtes.

Der zoologische Garten in Antwerpen besitzt seit längerer Zeit zwei prächtige bengalische Tiger, von denen einer, um nach London befördert zu werden, in einem soliden Transport-Käfig gebracht worden war. Nachts zwischen 3 und 3 1/2 Uhr sahen Eisenbahn-Beamte ein Thier über die Mauer springen, die den Eingang zum zoologischen Garten von der Eisenbahn trennt. Es war der Tiger, dem zuerst ein Abtrittskarren in den Wurf kam; er fiel über das Pferd her, an dessen Weichen er sich festkramte, während er ihm einen Biß am Schenkel versetzte. Der Fuhrmann, der sich zuerst auf sein Pferd gerettet hatte, erhielt durch die Lage eine Wunde am Schenkel und stürzte sich auf den Karren, während das Pferd in Angst dem Marktplatz von St. Jacques zuflüchtete. Der Tiger, der dem Pferde nachsetzte, traf einen Mann, einen Gärtner, der gerade von der Straße St. Jacques herzukam, warf sich auf ihn, zerriß ihm Brust und Weime mit den Krallen, packte ihn an der Gurgel und versetzte ihm eine tödtliche Wunde. Der Tiger schleppte die Leiche noch eine Strecke fort und ließ sie dann liegen, um in den Hof von St. Anna einzubringen. Indes hatte der Direktor des zoologischen Gartens, Befehlmann, sich mit seinen Leuten aufgemacht und traf das Thier an der Ecke des Marktplatzes von St. Jakob am Hause von Verstreng. Gegenüber hatte ein Nachtwächter mit einigen anderen Personen Zuflucht in einem Krämerladen gefunden und das Thier

drohte, durch die Fenster einzudringen; es machte Halt, setzte dann jedoch seinen Lauf fort, bis es Betelemans und seinen Leuten gelang, dasselbe in den Hof von St. Anna zu treiben. Hier wurde es von vier mit Gewehren bewaffneten Männern umstellt. Als die Leute auf Entfernung von 12 Fuß dem Tiger nahe waren, setzte er sich, als wolle er sich sprungfertig machen. Betelemans schoß nun zuerst; drei Schüsse fielen nach einander. Der erste Schuß fehlte, bei dem zweiten fuhr das Thier zurück, der dritte versetzte ihm die Todeswunde, doch schleppte es sich noch fort, bis es noch einen Schuß erhielt, an dem es verendete. Aus einem anderen Berichte erhellt, daß der Tiger, nachdem er entwichen war, auf dem Bahnhofe umherging; ein Nachtwächter hielt ihn für einen großen Hund und ließ ihn ruhig gehen; mehrere Arbeiter, die den Tiger erkannten, sprangen auf eine Lokomotive und wurden nicht weiter behelligt.

\* Aus Christiania vom 31. Mai schreibt man der „Weser-Zeitung“: „Wie aus Bergen mitgeteilt wird, hat die norddeutsche Jagd „Grönland“, unter Kommando des Kapitäns Goldewey von Bremen, am 24. Mai, begünstigt von ihren frischen südlichen Stühlen, ihre Nordfahrt angetreten, indem sie zunächst ihren Kurs auf Jan Mayen, 71° nördl. Br. und 8° westl. L. von Greenwich, nahm, um dann die Ostküste von Grönland anzufahren und so weit wie möglich nach Norden vorzudringen. Dieses kleine, aber starke Fahrzeug ist auf der Delft'schen Werft in Bergen für seinen bevorstehenden Kampf mit dem Eise besonders vorbereitet worden; namentlich wurde es im Bug durch eine neue Zöllige Haut und darüber gelegte Eisenplatten verstärkt; es ist reichlich und gut auf ein Jahr verproviantirt und hat eine Besatzung von 12 Mann, unter denen zwei norwegische Grönlandsfahrer von Tromsö sind. Auch ist das Schiff mit Waffen gut versehen, namentlich mit Zündnadelgewehren und Revolvern. Diese Nordfahrt, welche vielleicht einer größern Expedition als Vorläuferin dienen soll, hat bis jetzt eine Ausgabe von etwa 6000 Speciesthalern oder 9000 Thln. preuß. verursacht und kann, wenn alles gut geht, bis Ende September oder Anfang Oktober beendet sein.“

\* Die neue Welt, die uns bereits die Nähmaschine erfand, bereitet ein neues Geschenk für uns vor in Gestalt der Strickmaschine. Bis jetzt hat man nur solche Strickmaschinen gekannt, welche ein ganz gleichmäßiges röhrenförmiges Gewebe zu liefern vermochten. Die neue amerikanische Strickmaschine vom Lams dagegen ist nicht rund, sondern lang gestreckt und arbeitet auf beiden Seiten. Bei der vollen Breite enthält sie auf der einen Seite 50 Nadeln, auf beiden Seiten zusammen können also durch jede Kurbelumdrehung 100 Schlingen gemacht werden. Rechnet man auf jede Kurbelumdrehung eine Sekunde, so ergibt dies für eine Minute 600 Schlingen. Dadurch wird es begreiflich, daß man mit dieser Maschine an einem Tage 36 Paar Strümpfe anfertigen kann, während die Handstrickerin, wenn sie noch so fleißig und noch so geübt ist, täglich nicht 2 Paar fertig bringt. Außerdem kann man je nach Bedarf fest oder locker stricken. Die Maschine nimmt wenig Raum ein und wird an den Tisch angeschraubt. Man kann mit der Maschine abnehmen und zunehmen, den Keil, die Ferse, das Bein, den Rand des Strumpfs machen. Eben so läßt sich gerippte, wollige und durchbrochene Gewebe jeder Art mit der Maschine herstellen und auf diese Weise Shawls, Decken, Besätze, Kinderkleider, Handschuhe u. A. mit Leichtigkeit anfertigen.

\* [Die Sekte der „Bitterer“ am Berge Libanon.] Mr. Henry Vincent giebt einen interessanten Bericht über einen Besuch, den er kürzlich der Sekte der sogenannten „Bitterer“ (Shakers), welche einen reizenden Landstrich am Abhange des Berges Libanon im Staat Newyork bewohnen, abgestattet hat. Die „Bitterer“, eine Art Quäkergemeinde, sind in Familien eingetheilt, und zwar wohnen am Berge Libanon in angemessener Entfernung von einander drei derselben, — die nördliche Familie, die Kirchenfamilie, und die südliche Familie. Die erste zählt 60 Brüder und Schwestern; die zweite 120. Die neue Libanongesellschaft umfaßt im Ganzen 8 solcher Familien, mit 600 Brüdern und Schwestern; sie besitzt etwa 6000 Acker Landes, welches bewundernswürdig kultivirt ist. Die ganze Union besteht aus 18 blühenden Gesellschaften, deren Mitglieder sich dem Cölibat (Ehelosigkeit) widmen, und betrefss welt-

licher Güter dem Kommunismus huldigen. Die Brüder und Schwestern der nördlichen Familie bewohnen drei häßliche und solide Häuser — die Schlafgemächer der beiden Geschlechter befinden sich in den entgegengesetzten Räumen der Gebäude. Sie stehen des Morgens um 4 Uhr auf, frühstücken um 6, speisen zu Mittag um 2, zu Abend um 6, und begeben sich etwa um 10 zu Bett. Bei den Mahlzeiten nehmen die Frauen das eine Ende der Tafel, die Männer das andere ein. Vor der Mahlzeit verrichten alle Anieid ein stilles Gebet. Mr. Vincent war auch Zeuge ihrer religiösen Übungen. Nach den Ermahnungen von einem der Brüder, oder einer der Schwestern, zur Andacht, wird im Mittelpunkte des Zimmers eine Linie gebildet, drei Brüder und drei Schwestern stellen sich Angesicht zu Angesicht gegenüber. Die Uebrigen stehen in einem Kreise. Während die sechs Brüder und Schwestern im Mittelpunkte des Zimmers Hymnen singen, bewegen sich die Andern, in einer Art von Tanze, um dieselben herum, weshalb sie auch den Namen „tanzende Quäker“ führen, und wenden ihre offenen Hände, als ob sie einen Segen zu erhaschen suchten. Diese Zeremonie wird mit einem gewissen feierlichen Ernste begangen. Am Sonntag wird dieser Kultus wiederholt, nur ist Gesang und Tanz lebhafter und leidenschaftlicher. Fallen Streligkeiten und Uneinigigkeiten unter den Mitgliedern der Gemeinde vor, so wenden sie, wie es genannt wird, die „christliche Methode“ an, um die Gemüther zu versöhnen; sie sprechen mit dem Bruder oder der Schwester, welche zur Beleidigung des Andern Veranlassung gegeben haben, im Geheimen und allein; gelingt es aber nicht, das Mißverhältnis zu beseitigen, so wird die streitige Angelegenheit der Kirche zum Austrag übergeben. Der moralische Charakter dieser seltsamen Leute ist über alle Kritik erhaben.

### Grabgitter, Grabkreuze

aus den renommirtesten schlesischen Eisengießereien, von bestem Material und tadellosem Guß, in den mannigfachen Mustern und in den verschiedensten Größen, empfiehlt zu Fabrik-Preisen **H. Klug.** Posen, Friedrichstraße 33. Muster und Zeichnungen stehen jederzeit zu Diensten.

### Angelommene Fremde

vom 16. Juni.

- HERWIG'S HOTEL DE ROME.** Schauspielerin Marie Hippel aus Berlin, die prakt. Wergte Dr. Wande aus Gutsstadt, Dr. Stechern aus Neuenburg, die Kaufleute Krabl aus Leipzig, Arens aus Chemnitz, Frankenfeld aus Paris, Hoffmann und Bloch aus Breslau, Winkelmann aus Berlin, A. van Veet aus Wiebich, Stedzynski aus Thorn.
- OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE.** Dom.-Direktor Molinet aus Reisen, Kaufmann Heß aus Frankfurt a. M.
- DREI LILLEN.** Schmiedemeister Peischke aus Konin, Fabrikant Bertner aus Turek.
- HOTEL DE PARIS.** Die Gutspächter Solonicki aus Orzeszowo, Falkowski aus Polen.
- MYLIUS' HOTEL DE DRESDE.** Die Rittergutsbesitzer v. Kalkreuth aus Ruchozyn, Gräfin Wesserska und Lieut. Timm aus Baltzewo, die Kaufleute Binigau, Witte, Scharff, Hamburger aus Berlin, Ernst aus Breslau, Mannewitz und Hoffmann aus Leipzig, Schuster aus Dresden, Erle aus Schmaltalben.
- HOTEL DE BERLIN.** Justizrath Frau Müdenburg aus Pleschen, Lieut. Hille aus Posen, Frau Dr. Cron und Familie aus Buk, Frau Landrath Heige und Tochter aus Breschen, Frau Apotheker Bielechowska und Fr. Lonn aus Nur.-Goslin, die Kaufleute Meyer aus Stolp, Reuschler aus Ber-

- lin, Sello aus Elberfeld, Slosarzewicz aus Hamburg, Apotheker Weichert aus Wollstein, Thierarzt Wendlandt aus Tilsit.
- BAZAR.** Die Gutsbesitzer Frau Schumann aus Kujawel, Kelowski a. Kozul, Geislicher Salomon Porzelsan und Propst Koldieg aus Bilschowitz.
- HOTEL DU NORD.** Die Rittergutsbesitzer Graf Miazynski aus Pawlowo, v. Koscielski aus Kontolewo, Buchhändler Wolf aus Warschau.
- STERN'S HOTEL DE L'EUROPE.** Die Rittergutsbesitzer Graf Mucielski aus Smogorzewo, v. Radonski aus Domniowo, Dpiz und Tochter aus Lowencin, Geometer Brodreich aus Berlin, Ingenieur Marks aus But.
- BERNSTEIN'S HOTEL.** Die Kaufleute Pinkus aus Janowic, Ollendorf und Benjamin aus Pleschen, Inspektor Flag aus Marienberg, Schwabe aus Lowencin.
- TILNER'S HOTEL GARNI.** Die Kaufleute Kant aus Meseritz, Winschütz aus Kierstadel, Bräntel aus Gleiwitz, Brühl aus Berlin, Destillat. Ruffat aus Kosen, Oberamtmann Renner aus Brinkendorf, Direktor Pohl aus Neumarkt, Brennermeister Kellermann aus Goloni.
- KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF.** Die Kaufleute Liebeschutz aus Liverpool, Lurt, Sokolowski und Schwabe aus Breschen, Berenze aus Rogafen, Gebr. Schottländer aus Ratow, Rosenbergs aus Gräg, Polernat und Frau aus Berlin, Viehhändler Klatow aus Gorchter-Pauland.
- SCHWARZER ADLER.** Frau Morawska aus Gnesen, Fr. Pfothner aus Mlyn, die Gutsbesitzer Sechner aus Sabinowo und v. Rejewski aus Sobiesierno.

### Nachtrag.

Freiburg, 15. Juni. Se. Majestät der König traf heute Nachmittag 4 1/2 Uhr im besten Wohlsein nebst Gefolge in Altlieblich ein. Graf v. Burghaus hatte die Ehre, den König zuerst zu begrüßen, worauf Se. Majestät dem Kommandeur vom 2. Särgerbataillon freundlichst die Hand reichte. Hierauf hatte der Bürgermeister Keil die Ehre, die Vertreter der Freiburger Bürgerschaft vorzustellen. Herr Domherr Keutrich begrüßte Se. Majestät im Namen des Herrn Fürstbischöfs.

Nachdem der König noch einige freundliche Worte an die Anwesenden gerichtet, bestieg Derselbe in Begleitung des Fürsten v. Pleß die bereitstehende fürstliche Equipage und fuhr unter nicht enden wollendem Jubel des überhaupt zahlreich erschienenen Publikums auf der neuangelegten Straße durch die prächtige Ehrenpforte nach dem Schloß, woselbst er von den hohen Herrschaften, u. A. von dem Herrn Ober-Präsidenten, dem kommandirenden General u. c. ehrfurchtsvoll empfangen wurde. Auf der ganzen Tour standen Kopf an Kopf die aus weitester Entfernung erschienenen Zuschauer. Das schönste Wetter begünstigte diesen festlichen Einzug. (Tel. Dep. der Bresl. Ztg.)

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

**Bekanntmachung.**  
Som 1. Juli c. ab wird der Kassenverkehr mit dem Publikum bei der hiesigen Stadthauptkasse nur in den ersten 14 Tagen eines jeden Quartals während der **Vor- und Nachmittage** stattfinden.  
Im Uebrigen findet die Annahme und Auszahlung von Geldern bei der qu. Kasse fortan nur während der **Vormittagsstunden** statt (im Sommer von 8 bis 1 Uhr, im Winter von 9 bis 1 Uhr).  
Posen, den 6. Juni 1868.  
Der Magistrat.

**Oberschlesische Eisenbahn.**  
Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 8. Dezember 1866 bringen wir zur Kenntniß des Publikums, daß mit höherer Genehmigung der Artikel **Schwefelkohlenstoff** bei Aufgabe in eisernen, widerstandsfähigen, festen und dichten Umschlüssen zum Transport auf den unter unserer Verwaltung stehenden Eisenbahnen auch dann zugelassen wird, wenn die betreffenden Behälter bis 1000 Pfund von diesem Stoff fassen.  
Breslau, den 12. Juni 1868.  
Königliche Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

**Konkurs = Eröffnung.**  
Königliches Kreisgericht zu Samter, den 13. Juni 1868, Vormittags 12 Uhr.  
Ueber das Vermögen des Kaufmanns und Restaurateurs **Marcus Reich** zu Samter ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinforderung auf den 12. Juni 1868 festgesetzt worden.  
Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Rechtsanwalt **Steuer** hieselbst bestellt.  
Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem  
**auf den 27. Juni 1868, Vormittags 12 Uhr,**

vor dem Kommissar, Kreisrichter **Stiebler**, im Gerichtszimmer abzurufen Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines andern einstweiligen Verwalters abzugeben.  
Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabsolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum **25. Juli 1868 einschließl.** dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum  
**20. Juni d. J. einschließl.** bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnachst zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals  
**auf den 1. August c., Vormittags 10 Uhr,**

vor dem vorgenannten Kommissar im Gerichtszimmer zu erscheinen.  
Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.  
Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwalte **Geslach** und **Szuman** zu Sachwaltern vorgeschlagen.  
Der Kommissarius des Konkurses.

**Konkurs = Eröffnung.**  
Königl. Kreisgericht zu Breschen, Erste Abtheilung, den 13. Juni 1868, Mittags 12 Uhr.  
Ueber den Nachlaß des am 23. Januar 1867 zu Breschen verstorbenen Kaufmanns **Jacob Ehrenfried** ist der gemeine Konkurs im abgeklärten Verfahren eröffnet.  
Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Rechtsanwalt **Mittelstädt** von hier bestellt.  
Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem  
**auf den 23. Juni 1868, Vormittags 11 Uhr,**

vor dem Kommissar, Herrn Kreisrichter von **Szymanski** hier abzurufen Termine die Erklärungen über ihre Vorschläge zur Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.  
Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an die Erben desselben zu verabsolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum **16. Juli 1868 einschließl.** dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen

**Nothwendiger Verkauf.**  
Königliches Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Civil-Prozesssachen.  
Posen, den 21. Mai 1868.  
Das der Frau Rechts-Anwalt **Wanda Bierzowska** geborenen **Wetkowska** gehörige, in der Altstadt **Posen** unter Nr. 256. belegene Grundstück, (Breslauerstraße 35. und Schulstraße Nr. 4.), abgetheilt auf 21,209 Qlth. 26 Sgr. 2 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Tage, soll am  
**28. Dezember 1868, Vormittags 11 Uhr,**

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenscheine nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.  
Die **Kantor- und Schächterstelle** in der hiesigen Gemeinde mit einem Einkommen von 600 bis 600 Qlth. soll womöglich vom 1. Juli cr. ab anderweitig besetzt werden. Bewerber, die musikalisch gebildet, den Gottesdienst mit Chorgesang leiten können, wollen unter Einreichung ihrer Qualifikations-Atteste sich bei dem unterzeichneten Vorhabe melden. Reisekosten werden nicht vergütet.  
**Birnbaum**, den 17. Mai 1868.  
Der **Korporations-Vorstand.** **Jakob Boldin.**

Das zum Nachlaß des verstorbenen Kammerers **Sulecki** gehörige, sub Nr. 119. hieselbst belegene Grundstück, bestehend aus Wohnhaus, Stallgebäude und Obstdarben, bin ich Willens, aus freier Hand gegen gleich baare Zahlung zu verkaufen. Kauflustige können sich bei mir jeder Zeit melden.  
**Neustadt b. Pinne**, den 13. Juni 1868.  
Der Testaments = Exekutor  
**Hebanowski,** Probst.

**Die Wein-Auktion**  
im Auftrage des königl. Kreisgerichts wird am **Mittwoch den 17. Juni cr.** fortgesetzt, bei welcher Gelegenheit eine große Partie **guter Ungar-Weine** zum Verkauf kommt.  
**Rycklewski,** gerichtl. Auktions-Kommissar.  
Am **Montage den 22. d. Mts.** früh 10 Uhr werde ich gegen gleich baare Zahlung an den Meistbietenden Arbeitspferde und todtes Inventarium auf dem Vorwerke **Wituczyn** bei Gzerlino verkaufen. **W. Walter.**  
Schwäche, Frauenkrankheiten jeder Art, Heißfluß, Syphilis, auch ganz veraltete Fälle, heißt bestimmt der homöopathische Spezialarzt **Giesendorf**, Kochstr. Nr. 46. II. Berlin, von 8—1/2 und von 3—1/2 Uhr. Auch briefl.

**Das Stahl- und Moor-Bad und die Wollen-Kur-Anstalt zu Langenau**  
in der Grafschaft Glatz, 6 Stunden von der Bahnstation Frankenstein.  
Saison 15. Mai bis Ende September.

**Bereins = Soolbad Golberg.**  
Eröffnung Ende Mai. Besitzt ein Inhalatorium, 30 Logirzimmer hält Mutterlaugensalz auf Lager.

**Veraltete Leiden.**  
Wagen-, Leberleiden, Hämorrhoiden u. c. werden in meiner Heilanstalt gründlich gehoben. Geheime Krankheiten, Pollutionen, Schwäche, zuhände, Weisfluß u. c. auch **bricitia**.  
Dr. **Rosenfeld**, Berlin, Leipzigerstr. 111. Prospekte gratis.

**Schmidts Hôtel,** Karlsstraße 19. in Berlin, ganz neu eingerichtet, — bei billigen Preisen, elegante Wohnungen, gute Speisen und prompte Bedienung — wird gern und bestens empfohlen.  
**Jaekel**, Rechnungsrath.

Ein tüchtiger Mühlenmeister im Oderbruch, Nähe der Bahn, welcher sein Grundstück verkauft, wünscht jetzt neben seinem Getreidegeschäft noch ein Mehlgeschäft anzulegen und den Mehlverkauf für gute leistungsfähige Mühlen, in gutem Weizen- und Roggenmehl, zusammen oder allein gegen billige Provision in Kommission zu übernehmen. Ausgebretete, gute Bekanntschaft bei langjähriger Thätigkeit in dieser Gegend sichern einen reellen bedeutenden Mehlabsatz. Sehr gute Bedingungen stehen zur Verfügung. Herren, welche hiervon Gebrauch machen wollen, werden gebeten, ihre Adressen u. c. unter Chiffre **O. R. W. Golzow** im Oderbruche poste rest. einzusenden.

**Drainage** übernimmt unter Garantie, versehen mit gutem Drainagezeug und Leuten, ein Techniker aus Schlesien. Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Als **Damen-Friseurin** empfiehlt sich **Emma Popilius**, Klosterstr. 16.  
**100 Klaftern** trockenes, gespaltenes kiefernes Stubbenholz sollen räumungshalber zum Preise von 2 Thalern 8 Sgr. inkl. Anweisesgeld im **Enganker Walde** bei Necla durch den Förster **Wayer** daselbst verkauft werden.

1000 Scheffel gute blaurothe **Kartoffeln** ab Bahnhof **Moszyn** offerirt billigst  
**S. Warschauer** in Stenzewo.

Im **Enganker Walde** hart an der Chaussee bei Necla wird trockenes kiefernes Klobenholz, die Waldklaftern mit 4 Thlr. 3 Sgr. zu jeder Zeit verkauft.

**Blaurothe, gesunde Kartoffeln** und **Stroh** verkauft  
Görtatowo bei Schwesenz.  
**Burghardl.**

Aus meiner Schäferei habe ich 150 Stück sehr wollreiche zuchtfähige Mutterchafe zu verkaufen.  
**Sikowo pr. Wronke.**  
**F. Sperling.**



Wasserstand der Warthe. Posen, am 14. Juni 1868...

Wasserstand der Warthe. Posen, am 14. Juni 1868...

Fahrplan

Table with columns for 'Ankunft' and 'Abfahrt' for routes between Posen, Stargard, and Breslau.

Uebersicht

Table showing arrival and departure times for various postal routes.

Warenberichte: Loto und pr. Juni 21, pr. Oktober 22. Spiritus stille, 25 1/2. Kaffee verkauft 1000 Saek Rio loto...

Die Borsen-Kommission. Preise der Cerealien. (Bestimmungen der polizeilichen Kommission.) Breslau, den 15. Juni 1868.

Telegraphische Borsenberichte. Wien, 15. Juni, Nachmittags 1 Uhr. Heißes Wetter. Weizen sehr gewichen...

Hamburg, 15. Juni, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreide-markt. Weizen und Roggen loto matt...

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1868. Table with columns for Date, Time, Barometer, Thermometer, Wind, and Sky conditions.

Sonds- u. Aktienbörse. Berlin, den 15. Juni 1868.

Table listing various bonds and stocks, including 'Preussische Fonds', 'Ausländische Fonds', and 'Bank- und Kredit-Aktien und Antheilsscheine'.

Table listing various stocks and bonds, including 'Prioritäts-Obligationen', 'Eisenbahn-Aktien', and 'Warenbörse'.

Table listing various exchange rates and market prices, including 'Gold, Silber und Papiergeld', 'Industrie-Aktien', and 'Wechsel-Kurse vom 15. Juni'.

Die Börse begann heute auf gute auswärtige Notierungen in sehr guter Stimmung, besonders für Spekulationspapiere...

Frankfurt a. M., 15. Juni, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Alsenbahn 85 1/2, Oberhessische 74. Sehr fest, Rediabrechnung günstig.

Wien, 15. Juni, Vormittags. [Wardörse.] Sehr fest. Kreditaktien 189, 60. Oesterreich-franz. Staatsbahn 257, 40.

Wien, 15. Juni. [Anfangskurse.] Best. National-Anleihen 63, 90. Bankaktien 712, 00.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse. Frankfurt a. M., 15. Juni, Abends. Effekten-Societät. Sehr beliebt, Schluss etwas matter.